

Teilprojekt C6 – Neuantrag
(mit Fortsetzungscharakter)

Die Rolle des Staates in der Rechnungslegung

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt C6

3.1.1 Titel

Die Rolle des Staates in der Rechnungslegung

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Betriebswirtschaftslehre – Rechnungswesen

3.1.3 Leiter

Prof. Dr. Jochen Zimmermann
geb. 30. April 1965
FB 7: Wirtschaftswissenschaften
Hochschulring 4
28359 Bremen
Tel.: 0421/218-9119
E-Mail: jzimmermann@uni-bremen.de

Der Teilprojektleiter ist unbefristet eingestellt.

3.1.4 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

3.1.5 Beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
2007	70,8	13,0	–	83,8
2008	70,8	12,4	–	83,2
2009	70,8	6,1	–	76,9
2010	70,8	6,6	–	77,4
Σ 2007-2010	283,2	38,1	–	321,3

(Beträge in Tausend €)

3.2 Zusammenfassung

Kurzfassung

Das Teilprojekt will aus *betriebswirtschaftlicher* Perspektive den Wandel der Interventionsstaatlichkeit im Bereich der Rechnungslegung erklären. Dabei wird unterstellt, dass materielle, institutionelle und ideelle Antriebskräfte den Wandel vorantreiben und als Weichensteller politisch-institutionelle Arrangements aus dem Systemumfeld der Rechnungslegung hierauf entscheidenden Einfluss nehmen.

Langfassung

Mit der Vorgabe einer Verfassung des Rechnungswesens greift der Interventionsstaat durch die Definition von (verteilbarem) Gewinn und die Organisation der Informationsproduktion für Kapitalmärkte als *market maker*, *backer* und *corrector* in wesentliche Marktprozesse ein. Das *betriebswirtschaftliche* Projekt gilt dem Wandel dieses Eingriffs in sechs großen OECD-Rechnungslegungsregimes (CAN, D, F, GB, JAP, USA). Durch Vergleiche kapitalmarktorientierter und nicht kapitalmarktorientierter Verfassungen sowie Nicht-EU und EU-Mitgliedstaaten sollen die Wirkungen zentraler Antriebskräfte und Weichensteller auf den Wandel von Rechnungslegungsregimes herausgearbeitet werden. Diese Analyse soll klären, warum Internationalisierungs- und Privatisierungsprozesse in der Rechnungslegung nicht alle Staaten gleichermaßen erfassen und warum Nationalstaaten auf ein global einheitliches Eingriffsmodell konvergieren, dessen Ausprägungen auf eine zersplitterte Staatlichkeit hinweisen. Dass sich der Staat aus der Sicherung eines auf verschiedene Interessengruppen gerichteten und durch demokratische Prozesse legitimierten *public interest* zurückzieht und sich bei der Sicherung von Wohlfahrt auf die Gewährleistung von Marktprozessen verlegt und hier von nichtstaatlichen Akteuren unterstützt wird, legt einen tief greifenden Wandel der Organisation von Staatlichkeit nahe. Dies kann im Sinne einer Selbsttransformation des Staates politisch gewünscht, aber auch durch veränderte Rahmenbedingungen erzwungen sein. Das Projekt untersucht, wie ideelle (veränderte staatliche Interventionsziele oder vermutterter Reformdruck), institutionelle (EU-Harmonisierung, Internationalisierung der *accounting communities*) und materielle (Demographie, Kapitalmarktglobalisierung, Steigerung der Komplexität abzubildender Sachverhalte) Antriebskräfte des Wandels bei den ausgewählten Staaten wirken, und in welcher Weise institutionelle Faktoren (Rechtssystem, Typ des Wohlfahrtsstaats) als Weichensteller auf Ausmaß, Tiefe und Organisationsform des interventionstaatlichen Eingriffs Einfluss nehmen.

Zweite Phase des Sfb Erste Projektphase (2007-2010)	Dritte Phase des Sfb Zweite Projektphase (2011-2014)
<ul style="list-style-type: none"> (1) Beschreibung der konvergenten Privatisierung in sechs Staaten. (2) Erklärung des Wandels aufgrund staatlicher Selbsttransformation (3) Erklärung der Selbsttransformation durch vorgelagerte ideelle (vermuteter Reformdruck), materielle (Demographie, Globalisierung und Komplexität) und institutionelle (EU-Harmonisierung, Internationalisierung der <i>accounting community</i>) Antriebskräfte sowie institutionelle Weichensteller (Rechtssystem, Typ des Wohlfahrtsstaats) (4) Abschätzung der relativen Bedeutung von Antriebskräften und Weichenstellern für die konvergenten Privatisierungs- und Internationalisierungsprozesse 	<p>Analyse einzel- und volkswirtschaftlicher Wirkungen des erreichten Zustands; Untersuchung der Auswirkungen auf Partizipationsmöglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Subjekte; Erarbeitung normativer Vorschläge zur Verbesserung der Rechnungslegung und ihrer Governance-Strukturen.</p>

3.3 Ausgangssituation des Teilprojekts

3.3.1 *Stand der Forschung*

Die Rechnungslegung im Interventionsstaat

Der Staat hat Interesse an einem effizient und gerecht gestalteten Wirtschaftsprozess. Notwendige Voraussetzungen hierfür sind Informationen, die in unternehmerischen Entscheidungen verarbeitet werden, und die Sicherung berechtigter Interessen, unter anderem der Schutz des Eigentums. Um diese Fundamente einer Wohlfahrt sichernden Ökonomie zu schaffen und zu erhalten, bedient sich der Staat (auch) der Rechnungslegung. In den letzten Jahrzehnten ist es in der Rechnungslegung jedoch zu Prozessen der (Aufgaben-)Privatisierung (Schuppert & Bumke 2000) und Internationalisierung gekommen, es hat sich eine transnationale Rechnungslegungsverfassung herausgebildet. Drei Schlaglichter sollen dieses erhellen: Regeln entstehen nicht mehr in Form von (nationalen) Gesetzen, sondern als von Privaten gesetzte internationale Standards; Private überwachen als „Bilanzpolizei“ unter staatlicher Aufsicht die Rechnungslegung; Börsen entwickeln sich von öffentlich-rechtlichen Institutionen zu Unternehmen in privaten und oft internationalen Händen (Volmer, Werner & Zimmermann 2006¹ [18]).

Obwohl sich diese Entwicklungen nicht in Randbereichen von Staatlichkeit vollziehen – potenziell ist jedes Unternehmen, ist jeder private Investor von diesen Änderungen betroffen –, werden sie oft nur in Ausschnitten und so gut wie gar nicht in der breiten Öffentlichkeit thematisiert. Dabei handelt es sich in der Rechnungslegung nicht um irgendeinen, sondern um einen zentralen Eingriff in den Wirtschaftsprozess, und zwar aus zweierlei Perspektive: Der erste Blick geht auf

¹ Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich nur unter 3.3.3 und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis. Um das Auffinden zu vereinfachen, sind die Nummern aus 3.3.3 jeweils beim Zitat in [eckigen] Klammern angefügt.

die Wohlfahrt schaffende Funktion der Kapitalmärkte. Sanken im Zuge einer Vertrauenskrise der Rechnungslegung, wie sie etwa nach den Bilanzskandalen in den USA zu beobachten war (Zimmermann 2002b [13]), die Kurse der börsennotierten Unternehmen nur um 10%, würden allein in Deutschland Werte im Umfang von etwa 100 Milliarden Euro vernichtet – ein Mehrfaches der Ausgaben vieler sozialpolitisch motivierter Programme (Basis: Marktkapitalisierung der deutschen Börsen zum Jahresende 2004). Der zweite Blick ist auf das verteilbare Unternehmensergebnis zu lenken: Mit Hilfe der Rechnungslegung sichert sich der Staat Definitivonshoheit über den von Unternehmen zu verteilenden Gewinn. Die unternehmerische Handlungsfreiheit wird damit zu Gunsten anderer Interessengruppen, unter ihnen Anleger, Beschäftigte und Gläubiger, eingeschränkt. Die hier behandelte Rechnungslegung ist dabei von der Steuererhebung zu trennen. Die Steuerbemessung hat zwar einen wirtschaftshistorisch maßgeblichen Anteil an der Entstehung einer handelsrechtlichen Rechnungslegung, wird heute aber bestenfalls als eine Nebenaufgabe angesehen. Die wechselseitige Durchdringung von Handels- und Steuerbilanz ist nicht mehr typisch für die handelsbilanzielle Rechnungslegung (Haller 2002; Lamb, Nobes & Roberts 1998).

Staatliche Interventionen in die Rechnungslegung sind nicht zwingend. Rechnungslegung entstünde auch nicht erst durch staatliche Eingriffe. Sie würde auch auf der Grundlage privater Anreize angeboten und nachgefragt (Hax 1988; Schildbach 1986, 89); denn Rechnungslegung verkleinert oder beseitigt Informationsasymmetrien, und ermöglicht so effizientere Verträge zwischen Unternehmen und ihren Anspruchsgruppen (Ball 2001, 130 ff). Trotzdem ist in der gesamten OECD-Welt staatliche Intervention in die Rechnungslegung der Regelfall (Ordelleide 2004; Scott 2003); denn Staatsintervention lässt sich aus allokativen, distributiven und politischen Gründen rechtfertigen (für eine Übersicht vgl. Watrin 2001). Aus *allokativer* Sicht können zunächst durch Standardisierung der Rechnungslegung die Kosten der Suche nach privaten (vertraglichen) Lösungen gesenkt werden (Schildbach 1986, 91). Wichtiger ist aber wohl das Argument, dass der Staat durch seinen Eingriff „Marktversagen“ korrigieren und so die Funktionsfähigkeit von (hier: Kapital-)Märkten verbessern kann (Stigler 1964; Jarrell 1981; Simon 1989).

Auch unter *distributiven* Gesichtspunkten kann Rechnungslegung als staatliche Gestaltungsaufgabe angesehen werden. Der im Rechnungswesen ermittelte Gewinn hat Konstruktcharakter (grundlegend hierzu etwa Hines 1988). Mit Eingriffen in die Gewinnermittlung glaubt der Staat, bestimmte Interessengruppen, z.B. Gläubiger, besser stellen zu können oder seine eigenen Besteuerungsgrundlagen zu sichern. Er sichert vermeintlich so eine Wohlfahrt einer größeren Zahl; denn dieser distributive Eingriff bezieht sich nicht allein auf Eigenkapitalmärkte, sondern (etwa bei der Sicherung der Unternehmensstabilität) auch auf Faktormärkte wie den Arbeitsmarkt. So zeigen etwa Baker und Hayes (1995), wie sich ein aus allokativer Perspektive

zweckmäßiger Rechnungslegungsstandard negativ auf die Wohlfahrt anderer Stakeholder auswirkt.

Auch *politische* Gründe können für eine staatliche Intervention in die Rechnungslegung sprechen. So kann die Macht- und Informationsverteilung in einer Gesellschaft unter dem Aspekt der „Gerechtigkeit“ betrachtet werden (Busse von Colbe 1987, 193). Staatseingriffe sind dann eine politische Antwort auf das Problem, dass sich durch private Vereinbarungen kein immanenter Ausgleich unterschiedlicher Interessensgruppen (z.B. zwischen Investoren, Gläubigern, Arbeitnehmern) ergeben kann (schon Demski 1973). Der Staat macht sich dann, im Idealfall, „zum Anwalt“ der besonders schutzbedürftigen Gruppen, die Unternehmensinformationen nachfragen, ihre berechtigten Ansprüche in einer reinen Marktlösung aber nicht durchsetzen könnten (Schildbach 1986, 92).

Im Folgenden soll nun eine Übersicht über Arbeiten gegeben werden, die sich im betriebswirtschaftlichen Schrifttum mit den zu untersuchenden Fragen beschäftigen, wobei nur im Einzelfall auf politikwissenschaftliche oder juristische Arbeiten verwiesen wird, die sich zwar finden, in der ökonomischen Rezeption aber nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten lassen sich dabei in fünf Forschungsstränge unterscheiden.

Stränge der wirtschaftswissenschaftlichen Rechnungslegungsforschung

Arbeiten, die sich vornehmlich mit Einzelnormen auf Ebene der Standards auseinandersetzen, können methodisch, *erstens*, der *ökonomischen Analyse des Rechts* zugeordnet werden. Im Wesentlichen beschäftigt sich dieser Literaturstrang mit den Wohlfahrtswirkungen geltender oder geplanter Rechnungslegungsregeln, und zwar (a) allein bezogen auf Kapitalmärkte und (b) unabhängig davon *wer* die Regeln setzt oder durchsetzt. Einen Überblick für die USA geben beispielsweise Easton (1999) oder Kothari (2001); ähnliche Darstellungen erfolgen auch unter dem Begriff der *earnings quality* (vgl. etwa Dechow & Dichev 2002; Bradford & Landsman 2003; Goncharov 2005 [7]). Erst in jüngerer Vergangenheit wurden solche Arbeiten auch für europäische Länder vorgelegt (z.B. Bauwhede & Willekens 2003; Leuz, Nanda & Wysocki 2003; Coppens & Peek, 2004). Versuche, auf Basis derartiger Forschungsdesigns Hinweise zu finden, ob etwa staatlich oder transnational gesetzte Regeln zu höherer Kapitalmarkteffizienz führen, stecken noch in ihren Anfängen (Leuz 2003; Ball, Robin & Sadka 2005).

International vergleichend setzt sich mit (unterschiedlichen) Regulierungen der Rechnungslegung, *zweitens*, das *Comparative (International) Accounting Research* auseinander (für eine Bestandsaufnahme Nobes & Parker 2004, in deutscher Sprache Zimmermann, Volmer & Werner 2006a [1]). Dieser Forschungsstrang liefert einen breiten Überblick über die Organisationstypen der Rechnungslegung, insbesondere auch darüber, wie die Aufgabenverteilung zwischen Privaten (Märkten),

gesellschaftlichen Gruppen und dem Staat geregelt ist (Nobes 1998). Zwar zeichnet sich das Gebiet durch einen gewissen Mangel an theoretischer Fundierung aus (Wallace & Gernon 1991), liefert aber wertvolle Hinweise auf Faktoren, die für die konkrete Konfiguration in einem Zeitpunkt verantwortlich sind.

Bei den dynamisch geprägten Ansätzen ist zunächst, *drittens*, auf den *Systemansatz* zu verweisen. Er baut auf den Ergebnissen des *Comparative Accounting Research* auf (vgl. Sloan 2001; Bushman & Smith 2003; Bushman, Chen, Engel & Smith 2004). Hier wird Rechnungslegung als Komplement zum jeweiligen System der Corporate Governance sowie zu rechtlichen, politischen und sonstigen Institutionen eines Landes aufgefasst (Ball 2001). Für Deutschland und Europa kann hier insbesondere auf die Arbeiten von Hackethal, Schmidt und Tyrell (2005), Dewing und Russell (2004), Schmidt und Spindler (2002), Schmidt, Hackethal und Tyrell (2002) sowie Simmons (2001) verwiesen werden. Eine Verknüpfung zur „Varieties of Capitalism“ Schule ist in diesem Bereich nahe liegend (Hall & Soskice 2001; Vitols 2001), fehlt im betriebswirtschaftlichen Schrifttum bislang aber nahezu vollständig.

Mit der europäischen und/oder weltweiten Angleichung der Rechnungslegung befasst sich, viertens, das Gebiet des *Accounting Harmonisation Research*. Nach Hopwood (1994, 241) lassen sich Konvergenzprozesse auf europäischer Ebene vor allem auf die politischen Bestrebungen zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes zurückführen. Harmonisierung wird in den meisten Arbeiten allerdings nur für einzelne Teilbereiche der Rechnungslegung untersucht – *entweder* geht es um die Regelsetzung, *oder* das Enforcement *oder* die Offenlegungsregeln. Mit der Harmonisierung der Rechnungslegungsregeln, also der eigentlichen Standards, setzen sich z.B. McCombie und Deo (2005) auseinander. Die Einbindung eines privaten Standardsetzers, namentlich des IASB, und dessen Verhältnis zur EU wird in Haller (2002, 154ff.) thematisiert. Mit der Legitimität der Regeln eines privaten Standardsetzers setzt sich Schmidt (2002) auseinander. In jüngerer Vergangenheit wurde vereinzelt auch das Endorsement-Verfahren thematisiert (Schmidt & Kirchner 2005), durch das die Standards des privaten IASB zu EU-Gemeinschaftsrecht werden. Harmonisierungstendenzen im Enforcement werden u.a. von Naumann (2001), López (2001), Haller (2002, 177ff.) und Trombetta (2003) untersucht. (Politisch getriebene) Harmonisierungen im Bereich der Offenlegungsregeln sind nur vereinzelt festzustellen. Grundsätzlich finden die Probleme, die sich für Nationalstaaten aus der Harmonisierung ergeben, noch wenig Widerhall. Eine Ausnahme im deutschsprachigen Raum ist Haller und Eierle (2004). Über die EU hinaus wurden bisher zumindest Teilaspekte der globalen Angleichung der Rechnungslegung im Sinne einer konvergenten Privatisierung und zerfaserten Staatlichkeit untersucht (Buchanan 2003; Ampofo & Sellani 2005).

Unter Rückgriff auf geschichtswissenschaftliche Methoden beschäftigt sich, fünftens, die Schule des *Historical Accounting Research* mit der Veränderung der

Rechnungslegung (Carmona & Zan 2002, 291). Es fehlt hier allerdings ein einheitliches Forschungsprogramm (Miller, Hopper & Laughlin 1991, 396), sodass die Literatur hier allenfalls für die Analyse von Pfadabhängigkeiten in einzelnen Ländern hilfreich sein kann.

Fazit

Die Literatur beschäftigt sich bislang im Wesentlichen nur mit Ausschnitten aus der Konfiguration von Rechnungslegung, wobei statische Betrachtungen einzelner Regelungen bzw. Standards im Vordergrund stehen. Den meisten dieser Arbeiten, aber auch international vergleichenden Studien, fehlt eine Einbettung der Rechnungslegung in einen größeren Zusammenhang, nämlich einerseits des staatlichen Ordnungssystems und andererseits in ein umfassenderes Verständnis von Rechnungslegung, das sowohl die Regeln selbst, deren Setzung und Durchsetzung sowie alle Offenlegungspflichten umfasst. Daher wundert es nicht, dass es kaum Arbeiten gibt, in denen untersucht wird, wie politische Zielsetzungen, interventionistische Eingriffe und die organisationale Gestaltung unter Einbeziehung von Staat, gesellschaftlichen Gruppen und Markt(mechanismen) zusammenwirken. Die Forschung hierzu steht noch ganz am Anfang. Bestehende Arbeiten sind damit zunächst zu ergänzen. Sodann ist zu untersuchen, warum die beobachtbaren Internationalisierungs- und Privatisierungsprozesse in der Rechnungslegung auftreten und der Staat als Produzent von Wohlfahrt „Gesellschaft bekommt“. Eine solche Untersuchung muss alle Aspekte der Verfassung von Rechnungslegung (Normgenese, Enforcement, Disclosure) gleichzeitig in den Blick nehmen und ihre Entwicklung über verschiedene Länder und Regimetypen systematisch vergleichen, weil es sich in der Rechnungslegung um teilweise substitutive Prozesse der Wohlfahrtsproduktion handelt. Dies ist Gegenstand des Teilprojekts.

3.3.2 Eigene Vorarbeiten

Die Arbeitsgruppe des Antragstellers beschäftigt sich seit einigen Jahren mit der ökonomischen Analyse von Standards sowie mit Fragen der Veränderungen der Rahmenbedingungen von Rechnungslegung und Corporate Governance. In diesem Zusammenhang hatte sich die Arbeitsgruppe mit einem Projektantrag am ersten Sfb-Forschungsverbund beteiligt, der zwar positiv bewertet wurde, aber wegen Mittelkürzungen keine Förderung erhielt.

Die Frage, ob der Stand der Angleichung von Rechnungslegungsstandards bereits hinreichend ist, um von einer (effektiven) *global governance* zu sprechen, war dann vornehmliches Ziel eines zweieinhalbjährigen, von der Volkswagenstiftung bis September 2006 geförderten Forschungsprojektes der Arbeitsgruppe. Der Ergebnisband zu diesem Forschungsprojekt (Volmer, Werner & Zimmermann 2006 [18]) dokumentiert das erarbeitete Rahmenkonzept der „Konfiguration“ von Rech-

nungslegung (aus den marktlich, gesellschaftlich oder staatlich organisierten Teilbereichen Standardsetzung, Durchsetzung sowie Offenlegung) und beschreibt die Veränderung der Staatlichkeit im Sinne einer Zerfaserung und konvergenten Privatisierung in drei „typischen“ Verfassungen der Rechnungslegung (D, UK, USA).

Einen engeren Blick wählen Zimmermann, Volmer & Werner (2005a [10]), die organisationale Veränderungen der Rechnungslegung in Deutschland nachzeichnen. Diese Analyse wird (für ausgewählte Teilbereiche) auf Großbritannien und die USA in Zimmermann (2006 [19]) sowie Zimmermann, Volmer und Werner (2006a [5]) ausgeweitet. Volmer und Zimmermann (2006 [17]) untersuchen die Politiklogik zur Zentralisierung bzw. Dezentralisierung von Regelsetzung innerhalb der Europäischen Union. Mögliche Ursachen von Veränderungen behandeln Zimmermann, Volmer und Werner (2005b [9]). Eher methodenorientiert und auf die ökonomische Analyse des Rechts gerichtet sind Zimmermann und Goncharov (2006 [3], 2005b [14]), Zimmermann, Schweinberger und Shevchenko (2006 [4]) sowie Zimmermann und Großmann (2005 [16]). Fragen der Corporate Governance und der Einordnung der Rechnungslegung in die Wirtschaftsverfassung behandeln Zimmermann und Werner (2006a [2], 2005b [9]) sowie Zimmermann, Goncharov und Werner (2006a [1], b [15]). Erste Grundlegungen finden sich etwa bei Zimmermann (2002a [12]), b [13]).

Weitere Arbeiten zu institutionellen wie auch methodischen Fragen, die das Projekt nicht unmittelbar berühren oder bereits länger zurückliegen, sind auf der Website der Arbeitsgruppe (www.controlling.uni-bremen.de) aufgeführt.

3.3.3 *Liste der publizierten einschlägigen Vorarbeiten*

(I.) Referierte Beiträge für

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

1. Zimmermann, Jochen, Igor Goncharov & Jörg-Richard Werner (2006a) Does Compliance With the German Corporate Governance Code Have an Impact on Stock Valuation? An Empirical Analysis, in: *Corporate Governance: An International Review* 14 (i.E.)
2. Zimmermann, Jochen & Jörg Richard Werner (2006a) Disclosure of Individualized Executive Compensation Figures: An Empirical Analysis of Compliance with the German Corporate Governance Code, in: *Corporate Ownership & Control* 4:3 (i.E)
3. Zimmermann, Jochen & Igor Goncharov (2006) Reporting Choices when Incentives Compete, in: *Journal of International Accounting Research* 5:2, 127-150
4. Zimmermann, Jochen, Stefan Schweinberger & Grigory Shevchenko (2006) Der Einfluss des Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetzes (VersKapAG) auf Überschüsse und Überschussbeteiligung in der Lebensversicherung, in: *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft* 95:1, 91-124

5. Zimmermann, Jochen, Philipp B. Volmer, Jörg Richard Werner (2006a) Sammelrezension zum Thema Rechnungslegungsvergleichung (Comparative Accounting Research), in: *Die Betriebswirtschaft* (angenommen)
 6. Zimmermann, Jochen & Jörg Richard Werner (2005) Unternehmerische Mitbestimmung in Deutschland, in: Dieter Sadowski, Hg., *Corporate Governance und Mitbestimmung*, Mering: Rainer Hampp Verlag, 339-354 (*Sonderheft Industrielle Beziehungen* 12:3)
(b) *monographische Reihen (einschließlich book proposals)*
 7. Goncharov, Igor (2005) Earnings Management and its Determinants: Closing Gaps in Empirical Accounting Research, Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang
(c) *Sammelbandbeiträge*
 8. Zimmermann, Jochen & Jörg Richard Werner (2006b) Fair Value Accounting under IAS/IFRS: Concepts, Reasons, Criticisms, in: Gregory N. Gregoriou & Martin Gaber, Hg., *International Accounting: Standards, Regulations and Financial Reporting* (London: Elsevier Press)
 9. Zimmermann, Jochen, Philipp B. Volmer & Jörg Richard Werner (2005a) Accounting Regulation on the Way to Global Governance? A German Perspective in: Bronislaw Micherda, Hg., *Sprawozdawczość i rewizja finansowa* [Accounting and Auditing], Krakau: Akademie-Verlag, 737-743
(d) *wesentliche Fachkongresse (nicht gesondert zitiert)*
- Goncharov, Igor, Jörg Richard Werner & Jochen Zimmermann (2004) Codifying “Good” Corporate Governance – An Empirical Examination of The German Regulation Efforts, Präsentation bei der 27. Jahrestagung der European Accounting Association, Prag
 - Goncharov, Igor & Jochen Zimmermann (2004) Earnings Management in Russia: The Effects of Taxation and Financing, Präsentation bei der 27. Jahrestagung der European Accounting Association, Prag
 - Werner, Jörg Richard, Igor Goncharov & Jochen Zimmerman (2004) Decision Relevance of Mandatory and Voluntary Information in Declarations of Conformity Pursuant to the German Code of Corporate Governance, 3rd Workshop on Accounting and Regulation, Siena (Italien)
 - Werner, Jörg Richard & Jochen Zimmermann (2004) The German Corporate Governance Code and its Economic Consequences, Workshop on Corporate Governance, Brüssel (Belgien)
 - Zimmermann, Jochen, Philipp B. Volmer & Jörg-Richard Werner (2005) From Government towards Governing: The Case of Germany’s Intervention State in Accounting, Governance without Government Conference, Cardiff Business School
 - Werner, Jörg Richard & Jochen Zimmermann (2005) Does Compliance with the German Corporate Governance Code have an Impact on Stock Valuation? An Empirical Analysis, Präsentation bei der 28. Jahrestagung der European Accounting Association, Göteborg
 - Volmer, Philipp B. & Jochen Zimmermann (2005) Performance Reporting in Germany, International Research Conference for Accounting Educators, Bordeaux 2005

- Zimmermann, Jochen & Philipp B. Volmer (2005) Should Standard Setting be Decentralised? Why Federalism is not Appropriate for Financial Accounting, angenommener Beitrag zu "Institutions and Policies for the New Europe", Siena 2005

(e) Arbeitspapiere

10. Zimmermann, Jochen, Philipp B. Volmer & Jörg Richard Werner (2005b) Shifting Public-Private Mixes in Accounting: A Further Retreat of the German Nation State?, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper No. 34; under review at *Socio-Economic Review*, revise and resubmit)
11. Abée, Stephan & Jochen Zimmermann (2006) Do Cross-Listings Drive Regulatory Convergence? Evidence from Germany, Bremen: Universität, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften (*Schriftenreihe des Wissenschaftsschwerpunktes Finanzen und Controlling*)

(II.) Nicht-referierte Beiträge für

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

12. Zimmermann, Jochen (2002a) Bilanzmanipulationen – Ergebnis perverser Incentives?, in: *Wirtschaftsdienst* **82**:9, 537-543
13. Zimmermann, Jochen (2002b) Ordnungspolitische Fragen zur Unternehmenspublizität nach der Enron-Insolvenz, in: *Wirtschaftsdienst* **82**:5, 303-312

(b) monographische Reihen (einschließlich book proposals)

(c) Sammelbandbeiträge

(d) wesentliche Fachkongresse

(e) Arbeitspapiere

(III.) Eingereichte Beiträge

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

14. Zimmermann, Jochen & Igor Goncharov (2005) Supply and Demand of Accounting Information: The Case of Bank Financing in Russia, in: *The Economics of Transition* (revise and resubmit)
15. Zimmermann, Jochen, Igor Goncharov & Jörg-Richard Werner (2006b) Die Bedeutung des Deutschen Corporate Governance Kodex für kapitalmarktorientierte Unternehmen – Eine empirische Analyse, in: *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung* (revise and resubmit)
16. Zimmermann, Jochen & Birthe Großmann (2005) Der Informationsgehalt von Proforma-Ergebnissen: Eine empirische Untersuchung großer deutscher Aktiengesellschaften, in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* (revise and resubmit)
17. Volmer, Philipp B. & Jochen Zimmermann (2006) Choosing Structures for Financial Reporting in the EU: A Cost-Benefit Analysis, in: *Journal of Common Market Studies* (eingereicht)

(b) monographische Reihen (einschließlich book proposals)

18. Volmer, Philipp B., Jörg Richard Werner & Jochen Zimmermann (2006) Accounting Regulation – From State Intervention to International and Global Governance? A Perspective on Europe and the US, Basingstoke: Palgrave (book proposal angenommen)

(c) Sammelbandbeiträge

19. Zimmermann, Jochen (2006) The Changing Role of the Nation State in the Evolving Internationalization of Accounting Regimes, in: Stephan Leibfried, Achim Hurrelmann, Peter Mayer & Kerstin Martens, Hg., *Transforming the Golden Age Nation State*, Basingstoke: Palgrave (unv. Man.)

(d) wesentliche Fachkongresse

(e) Arbeitspapiere

20. Zimmermann, Jochen, Philipp B. Volmer & Jörg Richard Werner (2006b) Rechnungslegungskonfigurationen in Deutschland, Großbritannien und den USA: Eine dynamische Governance-Perspektive, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper, im Begutachtungsverfahren)

3.4 Planung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)

3.4.1 Forschungsziele

Überblick

Zweite Phase des Sfb Erste Projektphase (2007-2010)	Dritte Phase des Sfb Zweite Projektphase (2011-2014)
<p>Vorarbeit: Beschreibung des Wandels von Rechnungslegungsregimes in den bislang nicht berücksichtigten Ländern CAN, FRA und JAP.</p> <p><i>Erster Arbeitsschritt:</i> Beantwortung der Frage, ob sich in den untersuchten Ländern die Ziele staatlicher Interventionen in die Rechnungslegung gewandelt haben.</p> <p><i>Zweiter Arbeitsschritt:</i> Untersuchung der vorgelagerten Gründe, die für den Wandel der Staatsintervention verantwortlich sind, insbesondere (1.) Demographie, Globalisierung von Finanz- und Kapitalmärkten sowie Komplexität (materielle Antriebskräfte), (2.) EU-Harmonisierung und Internationalisierung der Accounting Community (institutionelle Antriebskräfte) sowie (3.) Unternehmenskrisen und empfundener Reformdruck (ideelle Antriebskraft)</p> <p><i>Dritter Arbeitsschritt:</i> Untersuchung der institutionellen Arrangements, die einen moderierenden oder beschleunigenden Einfluss auf den Wandel haben bzw. hatten.</p> <p><i>Vierter Arbeitsschritt:</i> Abschätzung der relativen Bedeutung der Antriebskräfte und Weichensteller im Rahmen der Gesamtkonfiguration der Rechnungslegung</p>	<p>Untersuchung der Wirkungen neuer Formen der Regulierung sowohl in einzel- als auch in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung.</p> <p>Unter ökonomischer Perspektive wird es hier um Fragen der Verbesserung der Entscheidungsnützlichkeit, den Abbau von Informationsasymmetrien, das Sinken von Kapitalkosten sowie um Allokationseffizienz durch besser funktionierende Kapitalmärkte gehen. Unter politikwissenschaftlicher Perspektive stellen sich u.a. Fragen nach den Partizipationsmöglichkeiten in der Standardsetzung.</p> <p>Ziel ist die Erarbeitung normativer Vorschlägen zur Verbesserung der Rechnungslegung und ihrer Governance-Strukturen.</p>

Hypothesen, Untersuchungsmodell und Hauptfragen

Analyserahmen

Um die staatliche Intervention in der Rechnungslegung in ihrem gesamten Ausmaß zu erfassen, sind alle die Rechnungslegung betreffenden Festlegungen für einen bestimmten nationalen Raum zu betrachten, die eine „Rechnungswesenverfassung“ (Schneider 1997, 4) zum Ergebnis haben. Diese Verfassung wiederum ist als Teil der Unternehmensverfassung bzw. Corporate Governance und der Wirtschaftsordnung eines Landes anzusehen (Schneider 1997, 4; Busse von Colbe 1987, 205). Sie umfasst insbesondere staatliche Entscheidungen, wie Regeln für die Rechnungslegung entstehen sollen, welche das sind und welchen Geltungsbereich diese haben (Normgenese), wie diese Regeln durchgesetzt werden sollen (Enforcement) und wie die auf Basis der Regeln erstellten Informationen zu verbreiten sind (Disclosure). Dabei kommen – für jeden Teilbereich – grundsätzlich staatlich-hierarchische, marktliche oder kooperative (*community based*) Arrangements in Frage (Puxty u.a. 1987). Auf welchem dieser Felder, in welcher Organisationsform und mit welcher Intensität Staatsintervention zu beobachten ist, unterscheidet sich im „goldenen Zeitalter“ des Nationalstaats in der OECD-Welt (Flower 2004; Zimmermann 2006 [19]; Zimmermann, Volmer & Werner 2005b [10]). Jedoch lassen sich die beobachtbaren „Konfigurationen“ in der Rechnungslegung zwei Modellen zuordnen, wobei hier das *kontinental-europäisch geprägte* vom *anglo-amerikanisch geprägten* zu unterscheiden ist. Im kontinental-europäisch geprägten Modell war die Intensität staatlicher Interventionen traditionell höher als im anglo-amerikanisch geprägten, in welchem der Staat weitgehend auf unmittelbare Eingriffe verzichtete und bei seinem Handeln vornehmlich die Förderung und Stützung von Marktprozessen im Blick hatte. In den vergangenen Jahren ist es zu einer Annäherung beider Modelle gekommen, wobei sich beide zwar verändert haben, insgesamt jedoch eine stärkere Angleichung des kontinental-europäisch geprägten an das (ursprünglich) anglo-amerikanisch geprägte stattgefunden hat (zu einer detaillierten Darstellung Zimmermann, Volmer & Werner 2005b [10]). Insgesamt lassen sich in der Normgenese Transnationalisierungsprozesse beobachten, die im Bereich des Enforcement um Internationalisierungs- und im Bereich des Disclosure um Vergesellschaftungsprozesse ergänzt werden (Volmer, Werner & Zimmermann 2006 [18]). Der beobachtbare Wandel hat zu nahezu kongruenten Modellen geführt.

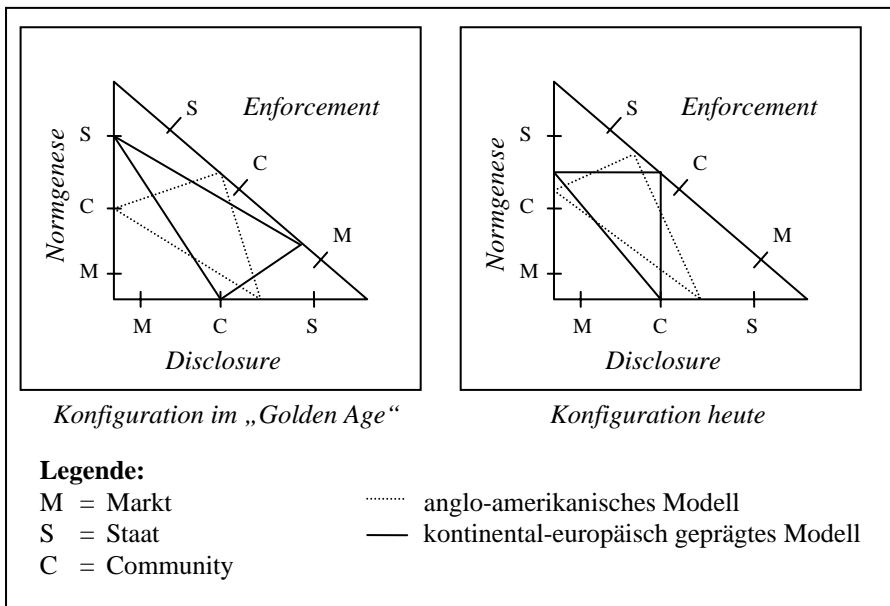
Festzuhalten ist: (1.) die entstehende Staatlichkeit ist eine zerfaserte; (2.) der Korridor der beobachtbaren Staatseingriffe verengt sich und lässt sich mit dem Bild der konvergenten Privatisierung fassen; (3.) soweit sich die beiden Modelle noch unterscheiden, lässt sich das kontinental-europäisch geprägte inzwischen als stärker internationalisiert beschreiben. In Abbildung 1 werden die Verlagerungs- und Korridoreffekte graphisch dar.

Die Gründe für den Wandel der Rechnungslegungsverfassung, insbesondere im Hinblick auf die Rolle des Staates, wurden bislang kaum untersucht, sodass das Projekt eine Forschungslücke schließt und sich zudem mit einer betriebswirtschaftlich-ökonomischen Frage in den Sfb-Forschungsverbund einfügt.

Hauptfragen

Sobald sich der Staat, dem anglo-amerikanisch geprägten Modell folgend, aus der Normgenese zurückzieht, nehmen die unmittelbaren Eingriffe in die Unternehmensprozesse (hier: die Informationsproduktion) deutlich ab. Gleichzeitig nimmt jedoch die Rolle des Staates in der (Kapital-)Marktaufsicht zu. Beides dient vor allem der Verbesserung der Funktionsfähigkeit von Kapitalmärkten. So wird einerseits vermutet, dass durch die Delegation der Regelsetzung an Expertengremien Rechnungslegung (für den Kapitalmarkt) verbessert werden kann, weshalb die Normgenese die parlamentarische Arena verlässt. Durch die Erhöhung der Eingriffsintensität im Aufsichtsregime sichert der Staat nun andererseits die Durchsetzung dieser privat gesetzten Regeln ab. Andere distributive und politische Ziele hingegen treten zurück.

Abbildung 1: Wandel im Bereich der Rechnungslegung



Der Staat wandelt sich damit vom direkt eingreifenden zum ermöglichenden Staat. Er nimmt sich, wo möglich, zurück, und greift nur ein, um Marktprozesse zu beför-

dem. Durch die Transnationalisierung der Regelsetzung, mithin der Definitionshoheit über unternehmerischen Gewinn, geht aber auch eine Verschiebung der Perspektive einher, aus der auf Unternehmen geschaut wird. Durch die eindeutige Zuschneidung der Rechnungslegung auf die Nützlichkeit für Kapitalmärkte scheint zunächst eine Einengung der Zwecke von Rechnungslegung verbunden. Der Staat, der vorher politische Ziele wie Interessenausgleich durchsetzen konnte (Scott 2003; Hax 1988), ist nun nicht mehr Ansprechpartner für potenziell schwächere Akteure mit Wissenswünschen an Unternehmen. Diese Interessen könnten daher durch die private Regelsetzung untergehen, der Wandel der Staatlichkeit damit einen Wandel von Gemeinwohl- hin zu Partikularinteressenorientierung bewirken. Weiterbestehende Interessen könnten durch die neuen Mixe nationaler und internationaler sowie modaler Elemente effizienter geschützt werden. Die Ausgangsfrage lautet damit: *Was hat die stabilen Konfigurationen der Verfassung des Rechnungswesens in den einzelnen Ländern angegriffen, warum also ist es zu den beobachteten Zerfaserungs-, Internationalisierungs- und Privatisierungsprozessen gekommen?* Diese Ausgangsfrage kann in folgende Unterfragen unterteilt werden, die im Teilprojekt zu beantworten sein werden:

1. Sind die staatlichen Interventionsziele die entscheidenden ideellen Antriebskräfte und ist der Wandel der Staatlichkeit vornehmlich durch eine Änderung staatlicher Interventionsziele bedingt? Sind die distributiven und auf Machtgleich bezogenen Ziele hinter das Ziel der Sicherung allokativer Effizienz zurückgetreten und ist diese (politisch gewollte) Beschränkung auf eher markt-sichernde Aufgaben des Staates ein Auslöser für die beobachteten Privatisierungsprozesse?
2. Welche (weiteren) materiellen, ideellen und institutionellen Antriebskräfte haben den Wandel angetrieben und gehen dem Wandel der staatlichen Interventionsziele möglicherweise voraus?
3. Welche institutionellen Weichensteller haben sich moderierend oder beschleunigend auf den angedeuteten Wandelungs- bzw. Privatisierungsprozess ausgewirkt?

Idealtypisch lässt sich der Untersuchungsgegenstand damit als Optimierungsproblem formulieren. Grundlegendes Ziel des Staatseingriffs ist die Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt. Einerseits ist es möglich, dass der Staat seine Ziel-funktion verändert hat und nun ein verändertes Verständnis dessen, was Wohlfahrt ist, vorliegt. An die Stelle der Sicherung eines *public interest* durch Rechnungslegung träte etwa die Sicherung der allokativen Kapitalmarkteffizienz.² Dies sollte zu

² Um weiterhin ausgleichend im öffentlichen Interesse tätig zu sein, muss der Staat dann andere Mechanismen zum Interessenausgleich schaffen. Nur dann kann von einer Verschiebung des Zielsystems nicht die Rede sein. Möglich ist bei dieser Konstellation auch, dass Staaten mit derartigen, jen-

einer veränderten Instrumentenwahl führen, um Wohlfahrt herzustellen. Genau so ist es möglich, dass sich die staatliche Zielfunktion nicht geändert hat, das Verständnis der zu sichernden Wohlfahrt also das Gleiche geblieben ist. Allerdings haben bei den Umweltbedingungen Veränderungen stattgefunden. Diese Änderung der Umweltbedingungen führt dann (in bestimmten Staaten) zu einer Erhöhung der Transaktionskosten (verstanden im Sinne von Coase und Williamson) in bestehenden institutionellen Arrangements. Antriebskräfte und Weichensteller sind die zentralen Mechanismen, die Transaktionskosten verändern und damit unter Umständen bestehende Arrangements ineffizient werden lassen. Die Ineffizienz eines Arrangements führt nicht zwingend zu seiner Beseitigung. Hierfür ist es notwendig, dass sich der Ineffizienzdruck in politischen oder staatlichen Handlungsdruck übersetzt. Politisch-institutionelle Faktoren, ihrerseits Weichensteller, sind hierfür verantwortlich. Dies soll im Einzelnen nun näher ausgeführt werden.

Frage 1: Ein Wandel von Zielen?

Wenn zur Blütezeit des DRIS unterschiedliche Regulierungskonfigurationen zu beobachten waren, kann dies den unterschiedlichen Zielsystemen in den betrachteten Ländern geschuldet sein. Könnte eine Veränderung von staatlichen Interventionszielen festgestellt werden, würde dies auf einen deutlichen Wandel der Wohlfahrtsstaatlichkeit hindeuten. Mit der Betonung der allokativen Effizienz werden gleichzeitig andere Regulierungsziele wie Distribution oder Interessenausgleich aus Gemeinwohlüberlegungen zurückgedrängt, sofern sie nicht, was zu prüfen wäre, auf andere Weise – zum Beispiel durch Governance-Systeme – in das Wirtschaftssystem zurückvermittelt werden. Ohne solche Mechanismen würden allein (Kapital-) Marktprozesse vermehrt unterstützt und Interessen der nicht auf den Kapitalmärkten verorteten Stakeholder aus den Interventionszielen ausgeschlossen.

Die Untersuchung der Zielfunktion staatlicher Wohlfahrtssicherung ist aber aus zwei Gründen zu ergänzen. Zum einen könnten sich die Ziele gar nicht gewandelt haben, und zum anderen muss auch die (möglicherweise beobachtete) Wandlung der Zielfunktion erklärt werden. Methodologisch bedarf ein Ansatz der „Selbsttransformation des Staates“ einer weiteren Analyseebene, um zu einer fundamental ausreichenden Erklärung zu gelangen (Coleman 1991, 5). Deswegen sind Umweltbedingungen als unabhängige Variable mit ihren Kausalmechanismen zusätzlich in den Blick zu nehmen. Sie dienen entweder dazu, die politisch initiierte Veränderung des Zielsystems der Regulierung des Rechnungswesens zu endogenisieren oder aber – bei unveränderter staatlicher Wohlfahrtsvorstellung – eine Erklärung für veränderte Transaktionskostenstrukturen zu liefern.

seits der Rechnungslegung liegenden Mechanismen eher im Sinne des *public interest* tätig werden als diejenigen, die allein ein Systemelement, die Rechnungslegung, kapitalmarktorientiert verändern.

Frage 2: Die allgemeinen Antriebskräfte des Wandels

Als Auslöser für die konvergente Privatisierung der Rechnungslegung werden sowohl materielle (Globalisierung von Finanz- und Kapitalmärkten, Steigerung der Komplexität abzubildender Sachverhalte, demographische Entwicklung) als auch institutionelle (EU-Harmonisierung, Internationalisierung der *accounting communities*) und ideelle Antriebskräfte (veränderte staatliche Interventionsziele, Unternehmenskrisen) in den Blick genommen, deren Wirkungsweisen im Folgenden kurz skizziert werden sollen.

Materielle Antriebskräfte: Globalisierung, Komplexität, Demographie

Die veränderte Form der Normgenese wird oftmals auf die Globalisierung von Kapitalmärkten zurückgeführt (Hopwood 1994; Thorell & Whittington 1994; Haller 2002; Busse von Colbe 2002). Demnach haben das Wegfallen von Hemmnissen des internationalen Kapitalaustauschs und das Zusammenwachsen der weltweiten Kapitalmärkte für Unternehmen die Kapitalaufnahme nicht nur möglich, sondern auch zunehmend einfach gemacht. Die Inanspruchnahme „fremder“ Kapitalmärkte führt dazu, dass Unternehmen auch in diesen Ländern zum Schutze der dortigen Anleger (nach lokalen Vorschriften) berichtspflichtig werden und ggf. vom Heimatland abweichende Vorschriften zu beachten haben. Schützen diese Regeln eine relevante Interessensgruppe besser, können Unternehmen freiwillig diese Regeln übernehmen oder aber der Staat diese festschreiben, um Opportunitätskosten (etwa Risikoaufschläge bei den Kapitalkosten) zu senken. Aber es ist auch denkbar, dass einheitliche Standards wegen Größen-, also Effizienzvorteilen entstehen (Franke & Hax 2004). Für den Bereich des Enforcements wirken vor allem Mechanismen, die Opportunitätskosten in Form von Enteignungsrisiken senken; für das Disclosure wirkt zusätzlich die Senkung (pagatorischer, also als Zahlung anfallender) Transaktions-, mithin Handelskosten.

Globalisierung (gründlegend im betriebswirtschaftlichen Schrifttum Levitt 1983) muss sich hier auf großen organisierten Eigenkapitalmärkten manifestieren, womit Entwicklungen wie Direktinvestitionen und Standortverlagerungen nicht im Blick sind. Empirisch zu prüfen ist dann, ob sich in den untersuchten Ländern tatsächlich Angebot und Nachfrage nach Kapital verändert haben. Dies ermöglicht eine Identifikation der Kausalität im Hinblick auf Effizienz- oder Opportunitätskostenüberlegungen. Dabei bleibt zu beachten, dass für Unternehmen eine verbreiterte Anlegerbasis schon deshalb interessant ist, weil sie einen immanenten Risikoausgleich ermöglicht, zur Senkung der Kapitalkosten und damit auch zu einer höheren Bewertung auf den Aktienmärkten führt (Abée & Zimmermann 2006 [11]). Während also schon eine Verbreiterung der Aktionärsbasis pareto-verbessernd wirkt, kann durch die Bereitstellung einer geeigneten Rechnungswesenverfassung die Risikoprämie für Investoren gesenkt werden. Zwei Aspekte sind hier aus Transaktionskostenüberlegungen wichtig. Erstens können standardisierte Rechenwerke die

Analyse der Investitionsobjekte erleichtern. Dies spricht für einheitliche Normen (Franke & Hax 2004). Zweitens kann die Rechnungswesenverfassung (zusätzlich) so ausgerichtet werden, dass Enteignungsrisiken durch Manager oder Mehrheitseigentümer sinken. Informationsrechte, insbesondere aber ein glaubwürdiges Enforcement senken Transaktionskosten (Zimmermann, Goncharov & Werner 2006a [1]). Auf Kapitalmärkten werden sie methodisch in der Regel als Risikoprämien erfasst, um sie von pagatorischen Transaktions-, also Handelskosten abzugrenzen. Insgesamt steht zu vermuten, dass Globalisierung vor allem zu Konvergenz führt.

Durch Innovationen im technischen Bereich, aber auch und gerade im Bereich von Finanzinstrumenten, sowie durch die steigende Bedeutung immaterieller Vermögenswerte, ist es in den vergangenen Jahren zu einem Anstieg der Komplexität der (ökonomischen) Sachverhalte gekommen, über die Unternehmen zu berichten haben. Die wachsende Komplexität kommt ebenfalls als Antriebskraft der konvergenten Privatisierung der Rechnungslegungsregimes in Betracht. Dies wirft insbesondere folgende Fragen auf: Erstens, wie gut ist es mit der bestehenden Rechnungswesenverfassung möglich, über diese Sachverhalte zu berichten? Und, zweitens, wie gut und schnell lassen sich ihre Elemente an neue Bedürfnisse anpassen?

Dass sich Unternehmen tatsächlich einer zunehmend unstablen Umwelt im Sinne technischer Neuerungen ausgesetzt sehen, wurde empirisch bereits von Lev und Zarowin (1999) gezeigt. Staat und Bürokratie scheinen zusehends außer Stande, flexibel und schnell zufriedenstellende abschließende Regelungen über die Bilanzierung „neuer“ und „komplexer“ Sachverhalte zu treffen. In staatlich organisierten Verfassungen des Rechnungswesens aus der Blütephase des DRIS führten neu zu regelnde Sachverhalte zur Setzung von Richterrecht. Schon die lange Zeitspanne bis zur abschließenden Setzung höchstinstanzlich geltenden Richterrechts lässt diesen Weg heute als zunehmend unbefriedigend erscheinen; die hieraus folgende Rechtsunsicherheit wäre zu groß. Auch die Flexibilität von Richterrecht, also die Möglichkeit der schnellen Anpassung an veränderte Gegebenheiten, ist wegen des Erfordernisses von Rechtssicherheit eher eingeschränkt. Alles dies führt zu einer Erhöhung von Opportunitätskosten an Kapitalmärkten. Damit entwickelt sich Druck zur Privatisierung von Entscheidungsstrukturen.

Eine erhöhte Komplexität von Regeln, die privat gesetzt werden, führt aber auch zum Risiko einer höheren Non-Compliance (Zeff 2002). Manifestiert sich dieses Risiko, entfallen zumindest Teile der Wohlfahrtsgewinne, die sich durch eine veränderte Aufgabenwahrnehmung ergeben. Dieser Non-Compliance kann möglicherweise am effektivsten durch staatliches Enforcement entgegengewirkt werden. Dies wäre eine mögliche Erklärung für das Entstehen neuer staatlicher Strukturen, die Risiken privat(isiert)er Tätigkeit auffangen.

Die *Alterung* der Gesellschaft führt zu Problemen von umlageorientierten Alterssicherungssystemen. Wie in anderen Bereichen der Sozialversicherung kommt

es in stärkerem Maße zu „privaten“ Lösungen, die zu einem veränderten Sparverhalten der Bevölkerung führen. Es erscheint plausibel, dass dadurch Kapitalmärkte gestärkt werden müssen und gleichzeitig Kapitalmarktteilnehmer eine Ausweitung der Berichterstattung von Unternehmen verlangen. Im Hinblick auf die Rechnungslegung erhält die Variable „Alterung der Gesellschaft“ also insofern Bedeutung, als sie (möglicherweise) eine Veränderung für die Kapitalmärkte und die erforderliche Informationsproduktion anstößt.

Institutionelle Antriebskräfte: die EU und die „accounting community“

Die Zielsetzung, in der EU einen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen, machte auch vor der Rechnungslegung nicht halt. Die ersten Instrumente, um eine Harmonisierung von Rechnungslegung im Raum der EU herbeizuführen, waren die vierte (78/660/EWG), siebente (83/349/EWG) und achte (84/253/EWG) EG-Richtlinie: diese sollten, umgesetzt in nationales Recht, zwar nicht notwendigerweise eine Gleichheit nationaler Rechnungslegungen herbeiführen, immerhin aber doch für Äquivalenz der Abschlussinformationen sorgen (Haller 2002, 155). Die Umsetzung der Richtlinien führte für viele Mitgliedsstaaten durchaus zu erheblichen Änderungen in den gesetzlichen Anforderungen an Rechnungslegung. Darüber hinaus wandelte sich der mit der Rechnungslegung verfolgte Zweck: Gerade in den Ländern mit kontinental-europäisch geprägter Rechnungslegung gab es einen *shift* von einer rein auf Zahlungsbemessungszwecke beschränkten Informationsproduktion (im Einzelabschluss) zur Einforderung von Jahresabschlüssen, die Investoren entscheidungsrelevante Informationen bereitstellen (Haller 2002, 156). Suchte man zunächst eine Harmonisierung durch die drei genannten Richtlinien, die zudem sehr viele Wahlrechte für die Mitgliedsstaaten enthielten, auf eine relativ „weiche“ Art zu erreichen, so kam es mit der IAS-Verordnung (EG 1606/2002) zu einem grundsätzlich anderen Vorgehen: nunmehr sollten die konsolidierten Abschlüsse der EU-Unternehmen auf Basis eines „*single set of accounting standards*“ erstellt werden, namentlich auf Grundlage der IFRS (*International Financial Reporting Standards*). Diese Antriebskraft deutet auf Konvergenzeffekte hin.

Nach Hopwood (1994, 241) war es gerade auch die rasante Internationalisierung und Konsolidierung der *audit industry* (derzeit wird bei diesen Unternehmen von den „Big 4“ gesprochen), die als Antriebskraft der konvergenten Privatisierung – insbesondere im Bereich der Regelsetzung – anzusehen ist. Schon jetzt gilt für die großen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, dass ihre Arbeit nicht länger entlang nationaler Grenzen definiert ist. Ähnlich wie in großen Anwaltskanzleien (s. Teilprojekt A4) ist die alltägliche Praxis zumindest der „Big 4“ international. Hieraus ergibt sich auch ein wirtschaftliches Interesse, Personal länderübergreifend einsetzen zu können und eine Nachfrage nach einer einheitlichen Regulierungsarena, die sich auch in der Modernisierung der 8. EG-Richtlinie (Prüferrichtlinie) äußert und die Entwicklungen im Standardsetting nachvollzieht (Zimmermann 2006 [19]). Die In-

ternationalisierung der *community* wirkt dabei als materielle wie auch ideelle Antriebskraft. Materiell ist sie im Hinblick auf den Einsatz von Arbeitskraft bedeutsam: Der Wert der Investitionen in Humankapital wird für die *audit industry* erhöht; die Kosten für den Einsatz von Weiterbildung sinken, weil länderspezifische Programme nur noch eingeschränkt erforderlich werden. Skaleneffekte treten auf. Ideell wirkt die Internationalisierung durch die in der Ausbildung vermittelten Werte: Die Gewichte der gesellschaftsrechtlichen Schutztrias (Anleger, Beschäftigte, Gläubiger) werden einheitlich gesetzt. Da eine Vielzahl der Mitarbeiter der *audit industry* zumindest mittelfristig andere Beschäftigungen in Wirtschaft und Verwaltung aufnehmen, diffundieren diese Wertvorstellungen in das weitere soziale System. Hieraus entsteht vor allem Konvergenzdruck.

Zum Teil verfestigt sich die Internationalisierung in institutionellen Strukturen. So sind im Untersuchungszeitraum Zusammenschlüsse von Berufsverbänden, aber auch von Aufsichtsbehörden, zu internationalen Dach- oder Spitzenorganisationen zu verzeichnen, z.B. *IOSCO*, *FEE*. Diese verfolgen teilweise eigenständig Konvergenzprojekte, so die *IOSCO* im Bereich der Börsenzulassungskriterien. Allerdings kann auch die wissenschaftliche und arbeitspraktische Vernetzung bzw. Internationalisierung der Forschungslandschaft einen Erklärungsbeitrag leisten (Carmona 2002).

Ideelle Antriebskräfte: Krisen und empfundener Reformdruck

Viele Gesetzgebungsverfahren, die auf eine Änderung der Konfiguration der Rechnungslegung zielten und diese auch bewirkten, haben ihre Ursache in teils spektakulären Unternehmenskrisen (Zimmermann 2002a [12], b [13]). Diese Unternehmenskrisen führten in der Öffentlichkeit zu einer Verunsicherung, ob die bestehenden (gesetzlichen oder privaten) Rechnungslegungsstandards sowohl für Arbeitnehmer wie für Kreditoren und Investoren einen ausreichend hohen Schutz bieten. Das Auftreten von Unternehmenskrisen, sowohl in anglo-amerikanisch als auch in kontinental-europäisch geprägten Systemen deutet an, dass sich kriminelles Handeln der Unternehmensspitzen in keinem System jemals ganz verhindern lassen wird. Es geht daher nicht darum, zu analysieren, inwieweit bestimmte Systeme „anfällig“ für Unternehmenskrisen sind. Tatsächlich fordern Krisen das jeweilige politische System gerade dadurch, dass sie auftreten, heraus und machen gesetzgeberische Handlungen, wie etwa den Sarbanes-Oxley-Act, das KontraG o.ä. zeigen, wahrscheinlich (theoretisch dargelegt etwa von Owen & Braeutigam 1978). Die Gesetzgebungsverfahren zielen dabei auf Änderungen in der jeweiligen Konfiguration, wobei für die Akteure stets die Frage im Raum steht, ob das jeweils andere Modell überlegen ist. Tendenziell könnte man sich der jeweils nicht vorhandenen Elemente der komplementären Konfiguration bedienen. Dies dürfte zu konvergenten Modellen führen; es wirkt aber durch das Entstehen neuer staatlicher Strukturen eindeutigen Privatisierungseffekten entgegen.

Frage 3: Weichensteller des Wandels

Gegeben die Antriebskräfte, entscheiden letztlich die Weichensteller in einem Land, wie Staatswandel erfolgt. Sie bestimmen die Höhe der im Rahmen der institutionellen Arrangements entstehenden Transaktionskosten und beeinflussen den Druck, der zu politisch-institutionellem Handeln führt. Betrachtet werden hier vornehmlich institutionelle Weichensteller, weil für das Teilprojekt institutionelle Komplementaritäten entscheidend sind.

Rechtssystem und Börsenverfassung

Unterschiedliche Rechtstraditionen eines Landes sowie verschiedene Corporate Governance Systeme bedingen die Höhe der durch Antriebskräfte neu entstehenden Transaktionskosten (zentral zum Anlegerschutz La Porta u.a. 1998). Dies hat Konsequenzen für die Verfassung des Rechnungswesens: Länder mit stärker ausgeprägtem Investorenschutz weisen bei einer potenziellen internationalen Öffnung der Kapitalmärkte geringere Opportunitätskosten, mithin geringere Risikoprämien auf: Dadurch werden Investitionen in diese Länder attraktiver. Um wohlfahrtssteigernde Kapitalmarktinvestitionen zu erreichen, muss der Staat Maßnahmen ergreifen oder zulassen, die diese Risikoprämien senken. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Land seine Rechnungswesenverfassung ändert, müsste mit dem Vorhandensein eines Investoren schützenden Systemumfelds sinken. Daher steht zu vermuten, dass etwa die USA mit einem ausgeprägten System der Kapitalmarktaufsicht tendenziell weniger Anpassungsbedarf zeigen als etwa Deutschland, in dem Anlegerschutz auf Wertpapiermärkten eine eher untergeordnete Rolle spielte.

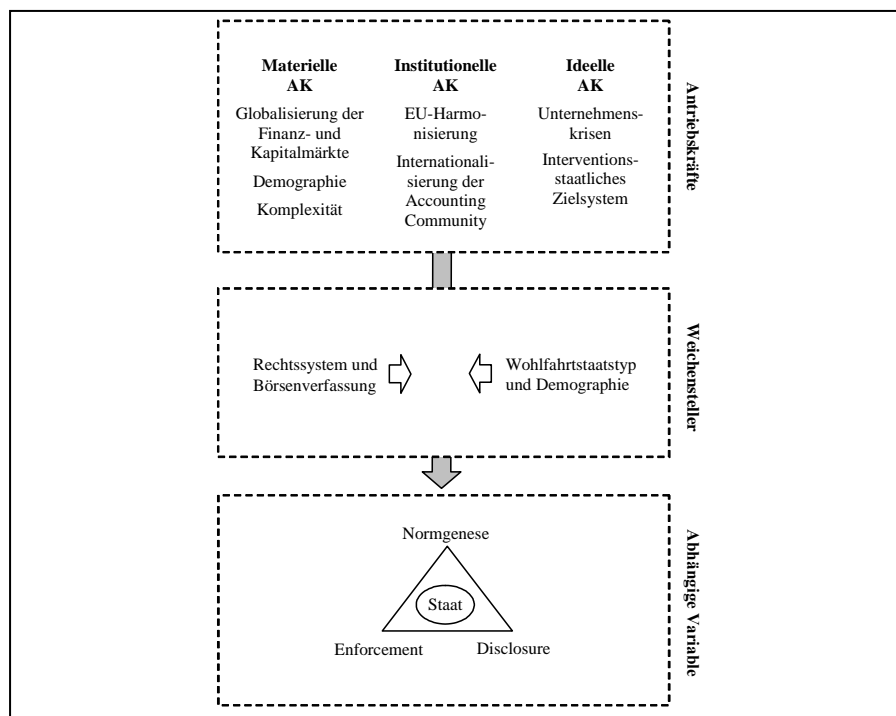
Wenn Antriebskräfte zu einer verstärkten Anwendung international verständlicher Regeln und zu einem effektiveren Enforcement drängen, hat dies zunächst keinen unmittelbaren Einfluss darauf, ob es zu einem staatlichen Eingreifen kommt. Das Vorhandensein ermöglichender Strukturen kann hier Private auf den Plan rufen. Diese können die Produktion von Wohlfahrt genauso gut oder sogar besser durchführen als der Staat. Zu denken ist hier insbesondere an die Börsen. Sie nehmen im Rahmen der Offenlegung eine eigenständige Rolle wahr (Zimmermann, Volmer & Werner 2005b [10]), aber ihr Gewicht ist durch staatliche Regulierung mit bestimmt. So zeigen Untersuchungen von Lütz (1998), dass der deutsche Nationalstaat (Bund) im Bereich der Börsenregulierung seit den 1990er Jahren stetig an Bedeutung gewonnen und maßgebliche Kompetenzen an sich gezogen hat, weil nur ein starker Nationalstaat in der internationalen Arena ein starker Verhandlungspartner ist. Zuvor war die Regulierung der Börsen beispielsweise in Deutschland gerade zur Blütezeit des DRIS relativ ineffizient (Deeg 2005).

Wohlfahrtsstaatstyp

Der bereits vorliegende Typ des Wohlfahrtsstaats hat vor allem vor dem Hintergrund zweier Überlegungen einen weichenstellenden Effekt auf den Wandel: Zum

einen variiert die Bedeutung von Kapitalmärkten für die Alters- und sonstige soziale Sicherung mit dem Verfahren der Finanzierung von Sozialleistungen. So sind etwa am US-amerikanischen Kapitalmarkt Pensionsfonds äußerst wichtige institutionelle Investoren („*pension fund socialism*“, P.F. Drucker), die teils außerhalb des Heimatmarktes investieren, während solche in Wohlfahrtsstaaten, die auf Umlagesysteme setzen, kaum eine Rolle spielen. Dies wird sich zwar auch in diesen Wohlfahrtsstaatentypen ändern: Hier seien Entwicklungen wie Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivvermögen oder Riester-Renten genannt (Vitols 2003). Es erscheint aber zweifelhaft, ob sich aus diesem (noch) relativ geringen Umfang an Anlagekapital ein Druck auf Kapitalmärkte aufbaut. Die Effizienz der Regulierung auf Kapitalmärkten wird für solche Typen von Staaten, deren Versorgungsversprechen auf Kapitaldeckungsverfahren aufbaut, zu einem unmittelbaren Wohlfahrtsproblem.

Abbildung 2: Kausalerklärungsmodell zum Wandel der Rechnungswesenverfassung



Weichensteller können die Antriebskräfte entweder verstärken oder abschwächen. Sind die Strukturen der Kapitalmarktregulierung bereits effizient, dürften geringe

Veränderungen zu erwarten sein. Liegt jedoch eine ineffiziente Regulierung vor, dürfte eine verstärkte Wirkung der Antriebskräfte zu erwarten sein. Zudem ist der Wohlfahrtsstaatstyp insofern interessant, weil eine starke Korrelation zwischen dem Wohlfahrtsstaatstyp eines Landes und dem Vertrauen des Staatsvolkes in den Markt als Lösungsmechanismus existieren dürfte. Dies müsste sich in (sozialdemokratischen) Wohlfahrtsstaaten in staatliche (direkte) Interventionen in die Rechnungslegung übersetzen, während in den eher marktorientierten Ländern auch für die Regulierung der Rechnungslegung marktorientierte Mechanismen genutzt werden.

Eine Zusammenschau der Kausalvermutungen liefert Abbildung 2, in der aus Vereinfachungsgründen die mögliche Endogenität des interventionsstaatlichen Zielsystems nicht dargestellt ist. Dabei zeigt sich Staatlichkeit in der Rechnungslegung und die Übernahme dieser Aufgaben durch den Staat, Private oder internationale Organisationen in der Ausprägung (Gestalt) der abhängigen Variable, der Rechnungswesenverfassung.

3.4.2 Untersuchungsmethode

Fallauswahl

In diesem Teilprojekt werden untersucht: die Wechselwirkungen zwischen Zielen der Rechnungslegungsintervention, allgemein auf Staaten wirkenden Antriebskräften (unabhängige Variable) und den in einem nationalen Wirtschaftsraum beobachtbaren „Weichenstellern“ (intervenierenden Variablen) in ihrem Einwirken auf die abhängige Variable „Rechnungswesenverfassung“, die ihrerseits ein Konstrukt aus den Regelungen in den voneinander abhängigen Bereichen Normgenese, Enforcement und Disclosure bildet.

Zwei Argumente sprechen dafür, zunächst kleine Länder aus der Analyse auszuschließen: Bei der Beantwortung der Frage, ob Staaten überhaupt die Rolle eines autonomen Akteurs verbleiben kann, lassen kleine Ökonomien (gemessen an ihren Kapitalmärkten) keine belastbaren Schlüsse zu. Zudem haben kleine Volkswirtschaften die Tendenz, sich in ihrer Verfassung des Rechnungswesens an großen Nachbarn zu orientieren, etwa Belgien an Frankreich, Österreich an Deutschland. Die Einbeziehung dieser kleinen Länder würde so zu einer designbedingten Reduktion der Varianz der abhängigen Variable führen. Auch „große“ Transformationsländer werden nicht berücksichtigt. In Transformationsökonomien können Variable, wie etwa der rechtliche Datenkranz, nicht hinreichend konstant gehalten werden: Eine wettbewerbliche Rechtsordnung reicht nicht in das „Goldene Zeitalter“ des DRIS zurück.

Um zu belastbaren Aussagen zu kommen, untersucht das Teilprojekt die Rechnungslegungsverfassungen von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada sowie den USA. Damit sind die Verfassungen des Rechnungswesens aller großen OECD-Länder abgedeckt. Gemessen an der Börsenkapitalisierung decken

die Länder über 80% der OECD-Welt ab. Mit dieser Auswahl wird zudem eine hinreichend große Varianz in der abhängigen und den intervenierenden Variablen sichergestellt. Es werden EU- und Nicht-EU-Länder berücksichtigt, andererseits Länder, die sich durch „kontinental-europäisch geprägte“ (D, F, mit Einschränkungen JAP) bzw. „anglo-amerikanische“ (CAN, GB, USA) Rechnungslegungsmodelle auszeichnen. Japan ist dabei ein besonders interessanter Fall. In einer älteren, aber umstrittenen Klassifikation von Nair und Frank (1980) ist Japan unter dem „US Model“ verortet. Hierbei wurden sowohl Measurement- als auch Disclosure-Regelungen verglichen. Nobes (1983, 1998) sowie Nobes und Parker (2004) ordnen Japan dagegen der Klasse „macro-uniform, government driven, tax-dominated“ bzw. „Weak Equity“ zu. Der Widerspruch kommt durch die europäischen (bzw. deutschen) Einflüsse im Handelsrecht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und die US-Einflüsse, vornehmlich im Wertpapierrecht, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zustande (Choi & Meek 2005: 80). Für die Zuordnung zum kontinental-europäisch geprägten Modell spricht zudem der Typ der Corporate Governance (vgl. z.B. Jackson 2001).

Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum beginnt im „goldenen Zeitalter“ des DRIS und wird daneben durch das Entstehen der internationalen Organisationen und das Setzen veränderter staatlicher Regulierung bestimmt. Hierbei schließt die gewählte Zeitspanne Stabilisierungsphasen der jeweiligen nationalen Systeme ein, um die Ausgangslage verlässlich darstellen zu können. Viele Veränderungen im Rahmen der staatlich normierten Rechnungslegung sind jüngerer und jüngster Natur. In Deutschland ergeben sich Veränderungen durch das *Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich* (KonTraG von 1998), das Kapitalaufnahme erleichterungsgesetz (KapAEG von 1998) sowie das Bilanzkontrollgesetz von 2004. Jüngere Veränderungen im britischen System sind auf die Finanzreform von 1997 und den *Services and Markets Act* von 2000 zurückzuführen. Für die USA ist insbesondere der *Sarbanes-Oxley Act* zu nennen (zu Detaildarstellungen vgl. Zimmermann, Volmer & Werner 2006b [20]; Volmer, Werner & Zimmermann 2006 [18]; Zimmermann 2006 [19]).

Der Untersuchungszeitraum setzt also, analog zu den anderen Sfb-Teilprojekten, in den 1960er Jahren ein. Die gravierendsten Änderungen sind allerdings seit den 1990er Jahren zu verzeichnen, weshalb der Schwerpunkt der Untersuchung auf der jüngeren Vergangenheit liegt.

Methodische Vorgehensweise

Eine besondere methodologische Schwierigkeit für das gesamte Teilprojekt besteht darin, dass es für die abhängige Variable die drei Teilbereiche Standardsetting, En-

forcement und Disclosure zusammenzubringen gilt. Diese Teilbereiche sind eng miteinander verschränkt und zeichnen sich durch institutionelle Komplementaritäten aus, weshalb Wandlungsprozesse in diesen Bereichen nicht – wie bislang in der Regel geschehen – isoliert betrachtet werden können. Es wird daher im vorgeschlagenen Teilprojekt auch von der „Konfiguration der Rechnungslegungsregulierung“ in einem Land gesprochen. Diese Konfigurationen unterliegen Wandlungsprozessen, ändern sich also im Zeitablauf, teils inkrementell (etwa durch kleinere Gesetzesänderungen), teils aber auch radikal, z.B. durch die Einrichtung eines fundamental geänderten Enforcement-Regimes in Folge „spektakulärer“ Unternehmenskrisen, die Defizite der bisherigen Regulierung aufzeigen (Volmer, Werner & Zimmermann 2006 [18]).

Für die Analyse der Wandlungsprozesse einzelner Teilbereiche wird vornehmlich auf Methoden der ökonomischen Analyse des Rechts, sowohl in ökonomischer (zunächst im Fall großer n) als auch in empirisch-fallstudienbasierter Form (im Fall kleiner n) zurückgegriffen. Nur mit Länder- und kontrastiven Fallstudien kann ein Blick auf den gesamten kausalen Zusammenhang der Veränderung der Regulierung in der Rechnungslegung geworfen werden. Mit Fallstudien werden etwa folgende Fragen beantwortet: Welche Elemente einer Corporate Governance werden durch die Rechnungslegung neu übernommen, welche werden an andere Funktionsträger (etwa gesellschafts- oder aufsichtsrechtlicher Art) abgegeben und wie wirken dabei die unabhängigen und intervenierenden Variablen? Warum scheint es trotz unterschiedlicher Weichensteller eine Tendenz zu konvergenter Privatisierung zu geben? Hier wird methodisch insbesondere auf ökonomisch-institutionelle (vgl. z.B. North 1990) sowie ökonomisch-evolutionäre Modelle (z.B. Nelson & Winter 1982) zurückzugreifen sein. Bei systemischen Änderungen kommen kontrastierende Fallstudien zum Einsatz, wie sie methodisch etwa im Comparative Accounting Research zu verorten sind.

Für die Abbildung der Veränderungen der gesamten Konfiguration erscheint der so genannte Gestalt-Ansatz nützlich. Für diesen Ansatz spricht, dass er einerseits die Einbeziehung zahlreicher Variablen erlaubt, andererseits aber auch die Identifikation stimmiger Variablenkonfigurationen – also erfolgreicher Regulierungen – gestattet. Eine Übersicht zur Anwendung des Gestalt-Ansatzes in der Betriebswirtschaftslehre bietet Macharzina (2003, 78ff.).

Ökonometrische Studien werden in der Rechnungswesenforschung nur für große Stichproben verwendet. Mit den „klassischen“ ökonometrischen Verfahren können damit zunächst Einzelfragen beantwortet werden. So kann etwa analysiert werden, ob bestimmte Rechnungslegungs- oder Enforcementregimes mit geringeren Kapitalkosten verbunden sind. Dies würde einen Erklärungsbeitrag zum induzierten Handlungsdruck liefern. Genau so kann untersucht werden, ob sich Unternehmen mit einer internationalen Eignerstruktur eher internationalen Entwicklungen öffnen. Hieraus können etwa Schlüsse im Hinblick auf das Entstehen von Handlungsdruck

gezogen werden. Ökonometrische Studien bilden im Hinblick auf das zu untersuchende Ganze jedoch nur Bausteine.

Das vorgeschlagene Teilprojekt dürfte methodisch besonders von der interdisziplinären Zusammenarbeit profitieren, da sowohl die Soziologie als auch die Politische Wissenschaft bereits über gesicherte Methoden für die quantitative Komparatistik bei einer begrenzten Zahl von Länderstudien verfügen. Dies ist bislang in der Betriebswirtschaftslehre, zumal in der Rechnungswesenforschung kein Forschungsgegenstand. Die Evaluation und Übernahme geeigneter kausaler Erklärungsmethoden aus den benachbarten Sozialwissenschaften bilden daher einen wichtigen Baustein der methodischen Vorgehensweise.

3.4.3 *Arbeitsprogramm und Zeitplan*

Arbeitsschritte

1. Arbeitspaket: Vorarbeiten

Die zweite Phase des Sfb und damit die erste Phase des vorgeschlagenen Teilprojektes beschäftigt sich mit der Frage, welche Gründe für den beobachteten Wandel von Staatlichkeit verantwortlich sind.

Für das vorgeschlagene Teilprojekt ergibt sich die Problematik, dass Teile der Deskription von Staatswandel noch nachgeholt werden müssen. Der Aufwand für diese Vorarbeiten wird sich jedoch in engen Grenzen halten, da bereits umfangreiche Arbeiten – teils jedoch mit anderer Fragestellung bzw. Pointierung – vorliegen; diese Arbeiten stammen insbesondere aus dem vorangegangenen Projekt der Arbeitsgruppe, dessen Ergebnisse in Volmer, Werner und Zimmermann (2006 [18]) dokumentiert sein werden. Für Frankreich, Japan und Kanada werden hier zunächst *drei Länderfallstudien* anzufertigen sein, die der Beschreibung des Wandels gelten und kurze, länderbezogene Beschreibungen der jeweiligen Konfigurationen der Regulierung der Rechnungslegung zu Zeiten des DRIS und ihrer Veränderungen beinhalten.

2. Arbeitspaket: Untersuchung der Antriebskräfte

Die Erklärung des Wandels von Staatlichkeit beginnt mit der Untersuchung der Frage, ob sich die interventionsstaatlichen *Zielsysteme* gewandelt haben. Dies kann eine erste (endogene) ideelle Antriebskraft des Wandels darstellen. Hierzu werden die Regierungsbegründungen zu zentralen Gesetzesänderungen analysiert, die während der Beobachtungsperiode, vor allem aber in jüngerer Vergangenheit, verabschiedet wurden, so der Sarbanes-Oxley-Act in den USA und das KonTraG in Deutschland. Dies wird Aufschluss über den (möglichen) Wandel von Interventionszielen geben und wesentlicher Inhalt eines ersten vergleichenden Arbeitspapiers sein.

Dieses Arbeitspaket dient der Analyse der kausalen Wirkungen der weiteren materiellen, institutionellen und ideellen Antriebskräfte auf den Wandel der Rechnungslegungskonfigurationen und umfasst im Einzelnen:

- Zunächst geht es um die Analyse des Einflusses der *Kapitalmarktglobalisierung*, wobei vornehmlich die Globalisierung zu operationalisieren und zu messen ist. Im Einzelnen werden zunächst quantitative Daten (Zeitreihen) zu erheben sein (u.a. Börsenkapitalisierung, Volumen von Kapitalerhöhungen und IPOs, Anzahl der gelisteten Unternehmen in einem Land), die Aufschluss über die (zunehmende) Bedeutung und Globalisierung von Kapitalmärkten geben. Soweit gefunden werden kann, dass die Relevanz und Globalisierung von Kapitalmärkten zunimmt, werden sich zwei ökonometrische Studien anschließen, in denen (1) die Determinanten von Listing-Entscheidungen und (2) Kapitalkostenunterschiede auf Kapitalmärkten untersucht werden sollen. Die ökonometrischen Studien sollen Hinweise auf Transaktionskostenunterschiede liefern und in der Zusammenschau mit den deskriptiven Statistiken eine Abschätzung der Bedeutung der Antriebskraft „Globalisierung“ erlauben.
- Ferner sollen die demographischen Veränderungen in den untersuchten sechs Ländern erfasst werden, was durch Datenerhebungen geschieht.
- Dann geht es um die Entwicklung eines Messkonzeptes für *Komplexität*, die Messung von Komplexität im Zeitablauf und die Beschreibung von Kausalketten, wie zunehmende Komplexität Änderungsdruck im Bereich der Rechnungslegungsregulierung auslösen kann. Als Ergebnis des Arbeitsschrittes ist eine komparative Fallstudie (zwischen unterschiedlichen Ausprägungen der Staatlichkeit) zu erwarten, in der beschrieben wird, wie schnell und „gut“ Normen der Rechnungslegung bei neuen Herausforderungen im Bereich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten angepasst oder entwickelt werden können. Hierzu wird eine Analyse der Agenden der maßgeblichen Standardsetter, insbesondere FASB und IASB, und der staatlichen Regelssetzer gehören.
- Änderungen, die durch die EU hervorgerufen werden sind zu erfassen, etwa im Rahmen der Harmonisierungsbemühungen in Richtlinien und Verordnungen, welche die Konfiguration der Rechnungslegung betreffen. In zwei Arbeitspapieren wird zu dokumentieren sein, wie (1) die jeweiligen Veränderungen in den Rechnungslegungsverfassungen durch die EU beeinflusst wurden und ob (2) ähnliche Entwicklungen auch ohne EU-Einfluss aufgedeckt werden können.
- Institutionellen Veränderungen im Bereich der Prüfungsbranche bzw. der *accounting community* allgemein müssen erfasst werden. Hauptergebnis des Arbeitsschrittes wird eine Fallstudie sein, in der die Internationalisierung und Konsolidierung bzw. Konzentration der Prüfungsbranche aufgearbeitet werden und Erklärungen geliefert werden, warum diese Prozesse einen starken Druck auf die Entwicklung einheitlicher Normen sowie Prüfungs- und Offenlegungsstandards auslösen.

- Ferner ist eine Analyse zu erstellen in der geklärt wird, ob Unternehmenskrisen in den betrachteten Ländern tatsächlich gesetzgeberische Aktionen nach sich gezogen und sind die durch diese Gesetzgebungsverfahren jeweils neu eingeführten Instrumente aufzuarbeiten.
- Und schließlich ist die relative Bedeutung der untersuchten Antriebskräfte auf den zu verzeichnenden Internationalisierungs- und Privatisierungsprozess zu untersuchen.

3. Arbeitspaket: Untersuchung der Weichensteller

Das Arbeitspaket dient der Analyse der kausalen Wirkungen von institutionellen Weichenstellern auf den Wandel der Rechnungslegungskonfigurationen und umfasst drei Schritte:

- Zunächst geht es um eine synoptische Darstellung der institutionellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede von (a) Corporate Governance, (b) Börsenverfassung und (c) Rechtssystem in den betrachteten Ländern. Hierbei werden auch deskriptive Statistiken zu erstellen sein, etwa der typischen Eigentümerstrukturen, Eigenkapitalquoten. Hinsichtlich der Börsenregulierung werden, ebenfalls synoptisch, die Organisation von Börsen und ihr jeweiliger Einfluss auf das Disclosure-Regime eines Landes verglichen. Hieran schließt sich die Untersuchung der Frage an, ob Börsengröße und Art des Börsenträgers Einfluss auf Offenlegungsniveau und Transaktionskosten haben und wie vor diesem Hintergrund Fusionen von Börsen zu beurteilen sind.
- Es folgt die Untersuchung der Frage, welche unterschiedlichen Wirkungen die Alterung von Gesellschaften bei Vorliegen unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatentypen hat. Hierbei wird zunächst herauszustellen sein, dass die demographische Entwicklung vor allem solche Staaten herausfordert, die stark auf umlagefinanzierte Alterssicherungssysteme bauen. Durch eine Stärkung der Säulen (a) Sparen bzw. Investieren am Kapitalmarkt und (b) betriebliche Altersversorgung entstehen neue Anlegerschutzbedürfnisse, die zu Änderungen in der Ausprägung der Rechnungslegung führen können. Die beschriebenen kausalen Mechanismen sind in diesem Arbeitspaket zu beschreiben und mit Daten zu unterfüttern, so zu Vermögensstrukturen, Durchführungsformen betrieblicher Alterssicherungen, Angebote privater Alterssicherung und Auswirkungen im Hinblick auf Kapitalmarktvolumen.
- Schließlich geht es um die Analyse der relativen Bedeutung der untersuchten Weichensteller auf den zu verzeichnenden Internationalisierungs- und Privatisierungsprozess.

4. Arbeitspaket: Zusammenfügen der einzelnen Erklärungselemente zu einer geschlossenen Kausalanalyse in Form einer Projektmonographie.

Arbeitsschritte	2007		2008		2009		2010	
Vorarbeiten: Aufbereitung und Anpassung der vorliegenden Deskription staatlichen Wandels im Bereich der Rechnungslegungsregulierung, insbesondere Ergänzung um die Fälle J, CAN und F.								
Untersuchung, ob insgesamt oder in Teilbereichen ein Wandel der Ziele staatlicher Interventionen im Bereich der Rechnungslegung vorliegt								
Operationalisierung, Messung und Beurteilung der weiteren erklärenden Variablen, nämlich (1) die Globalisierung von Finanz- und Kapitalmärkten; (2) die Internationalisierung der accounting community; (3) die Alterung der Gesellschaft; (4) die EU-Einflüsse und (5) Komplexität und Compliance.								
Untersuchung der Weichensteller, nämlich (1) Rechtssystem und Börsenverfassung; (2) Wohlfahrtsstaatentyp								
Auswertung und Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse								

Die Ergebnisse der zweiten Phase des Sfb werden auf Grundlage ökonomisch-effizienztheoretischer Überlegungen offen legen, aus welchen Gründen einzelne Elemente der Staatlichkeit aus dem Nationalstaat auf der modalen Achse auf Private und auf der internationalen Achse auf internationale Akteure übergegangen sind und warum sich die Handlungsspielräume der Nationalstaaten verengt haben. Dieser Wandel hat Wirkungen auf die Tiefe und Breite von Kapitalmärkten, auf Partizipationsmöglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Subjekte und auf die Effizienz der Unternehmensorganisation.

Vor diesem Hintergrund lassen sich für die *dritte* Phase des Sfb normativ-praktische Überlegungen und Politikempfehlungen ableiten, in welchen Bereichen eine weitere Umgestaltung der Rechnungslegungsverfassung sinnvoll erscheint, um institutionelle Dynamiken zu verstärken bzw. abzuschwächen. Solche normativ-praktischen Empfehlungen sind auch deswegen wichtig, weil erst durch politische Entscheidungen die Möglichkeit zu Wohlfahrtssteigerung durch Märkte geschaffen wird, was in manchen Bereichen durch eine stärkere Rolle des Nationalstaates und in anderen durch seinen Rückzug verbunden mit der Übernahme von Kompetenz durch Internationale oder Private geschieht.

3.5 (entfällt)

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojektes

Das Teilprojekt beschäftigt sich mit dem Wandel von Staatlichkeit in der Interventionsdimension, und zwar mit der Gestaltung unternehmerischer Rechnungslegung. Untersucht werden dabei sowohl die räumliche wie die modale Achse, wobei wegen der beobachteten Veränderungen von Staatlichkeit die größere Aufmerksamkeit der räumlichen Achse gilt.

Tabelle 1: Verortung des Teilprojekts C6 im Sonderforschungsbereich

Beschreibung	
<i>Dimensionen von Staatlichkeit</i>	Intervention (<i>market making</i> , auch <i>market backing</i>)
<i>Achse des Wandels</i>	Internationalisierung und Privatisierung (wesentlich Anlagerung)
<i>Korridorentwicklung</i>	Konvergenz (<i>politics, policies</i> und <i>polities</i>)
Erklärung	
<i>Antriebskräfte</i>	<ul style="list-style-type: none"> – ideelle (veränderte Ziele, vermuteter Reformdruck) – materielle (Demographie, Globalisierung und Komplexität) – institutionelle (EU-Harmonisierung, Internationalisierung der <i>accounting community</i>)
<i>Weichensteller</i>	institutionelle (Rechtssystem, wohlfahrtsstaatlicher Typ)

Während der ersten Forschungsphase wurden erhebliche *Privatisierungs-* und *Internationalisierungsprozesse* erfasst, die sich hauptsächlich als Anlagerungen vollzogen haben. Zunehmend treten aber auch Verlagerungsprozesse auf. Die sich herausbildenden internationalen Regime der Rechnungslegung ersetzen die Regime des Nationalstaates allerdings nur teilweise, und bisweilen fordern sie eine Regulierung auf nationaler Ebene geradezu heraus – und die Letztverantwortung für die nationale Wohlfahrtsproduktion bleibt trotz internationalen Regelproduktion weiter beim Nationalstaat. Letzteres dürfte auch eine geeignete Begründungsfigur für eine Reihe von Veränderungen der Staatlichkeit in der modalen Achse sein, die Privatisierungsprozessen zuwider laufen. Die Veränderungen auf der internationalen Ebene engen den Handlungsspielraum des Nationalstaats erheblich ein: Die Internationalisierung führt zu *Konvergenz* bei einer starken Betonung privater Akteure, also zu einer *Korridorverengung*.

In der zweiten Forschungsphase soll das Phänomen der konvergenten Privatisierung in der Rechnungslegung erklärt werden. Dabei werden materielle, ideelle

und institutionelle *Antriebskräfte* ins Auge gefasst. Begründet werden müssen auch die Korridoreffekte, welche die Internationalisierung auf nationaler Ebene bewirkt. Warum kommt es zu einer Konvergenz nationaler Strukturen und zu einer Angleichung von Regimes?

Stellung in der eigenen Säule

Das Teilprojekt deckt mit der unternehmerischen Rechnungslegung einen von den anderen Teilprojekten der C-Säule nicht so sehr in den Blick genommenen Aspekt der Interventionsstaatlichkeit ab, das reine *market making*. Die anderen Teilprojekte der Säule behandeln stärker die beiden komplementären Felder der Interventionsstaatlichkeit: Das Teilprojekt C4 („Bildungspolitik“) betont das *market backing* und die Teilprojekte C1 („Sozialpolitik“) und C3 („Gesundheitswesen“) zudem die Elemente des *market correcting*. Eine weitere Komplementarität innerhalb der Säule ergibt sich durch die stärkere Betonung der räumlichen Achse des Staatswandels, die auch im Teilprojekt C4 stattfindet. Damit ergänzen diese beiden Teilprojekte die stärker auf die modale Achse orientierten Teilprojekte C1 und C3. Bereits in der ersten Phase des Sfb wurden für die unternehmerische Rechnungslegung bedeutende *Korridoreffekte* festgestellt. Diese Effekte sind allen Teilprojekten der C-Säule gemeinsam. Aufgrund dieser Spezialisierung und der sich daraus ergebenden Komplementaritäten ergeben sich eine Reihe von Kooperationsmöglichkeiten:

Eine methodische Nähe ergibt sich zum *nested design* in Teilprojekt C3 und C4, bei dem statistische Analysen mit Fallstudien verbunden werden. Die größte Nähe hinsichtlich der zu untersuchenden Fragen ergibt sich in der eigenen Säule zum Teilprojekt C4, da der Akteur „EU“ auch in unserem Projekt C6 eine prominente Rolle spielt und es, hier wie dort, um die Untersuchung von „Governance“-Strukturen in einem Politikfeld geht – bei C4 namentlich um die Entstehung einer Bildungs-Governance, bei C6 einer Accounting-Governance. Dabei gehen C4 und C6 beide von der Hypothese aus, dass die vorgefundenen Konvergenzprozesse durch nationale Besonderheiten moderiert werden, worunter bei C6 allerdings vor allem das Rechtssystem, die Corporate Governance sowie die Börsenverfassung und ihre Komplementaritäten zur Rechnungslegung gefasst werden. Im Hinblick auf die Untersuchung von Komplementaritäten ergibt sich somit zu C4 ein interessanter Ansatzpunkt.

Verbindung zu anderen Sfb-Projekten jenseits der eigenen Säule

Chancen für Kooperation jenseits der eigenen Säule sind an vielerlei Stellen gegeben, können jedoch häufig nur punktuell bzw. zu Teilfragen ergriffen werden. Besonders enge Verbindungen bestehen zu den Teilprojekten, die sich mit der Entstehung von privat geschaffenen „Rechts“-Normen und den sich daraus ergebenden Problemen befassen. Auch dies lässt sich unter das Rubrum „Regieren jenseits des Nationalstaates“ fassen. Gründe hierfür sieht C6, unter anderem, in einer zuneh-

menden Komplexität der Unternehmen sowie in der Internationalisierung von Unternehmen. Die Überforderung der Handlungsfähigkeiten des Nationalstaates wird auch in A3 („Transnational Governance“) behandelt, wodurch sich eine natürliche Nähe der beiden Teilprojekte ergibt. Dort wird ausgeführt, dass es im transnationalen Raum zu Normstrukturen quasi-rechtlichen Charakters kommt – von Privaten gesetzte Rechnungslegungsregeln mit internationalem Anspruch sind nichts Anderes. Eine Kooperation bietet sich insbesondere bei der Untersuchung der Frage an: Wie versucht der Staat, Handlungs- und Steuerungskapazitäten zurück zu gewinnen? Ein „Regieren jenseits des Nationalstaates“ löst die enge Bindung von (Privat) Recht und Nationalstaat, was in A5 („Privatrechtskodifikationen“) genauso wie in unserem C6-Projekt durch Globalisierungs- und Privatisierungsprozesse erklärt wird. Dadurch entstehen eine Reihe neuer Fragen, unter anderem: Wie wird sich die richterliche Auslegung neuer Kodifikationen entwickeln? Die Arbeiten in A5 können in diesem Bereich für C6 befruchtend wirken, weil sich die richterliche Auslegung (national oder auf EU-Ebene) der IFRS, der *International Financial Reporting Standards*, in den nächsten Jahren absehbar zu einem wichtigen Thema entwickeln wird, das weit reichende Konsequenzen haben könnte, so etwa die (Wieder-) Einführung der „umgekehrten Maßgeblichkeit“.

Allgemein wirft ein „Regieren jenseits des Nationalstaates“ in demokratisch verfassten Staaten die *Frage nach der Legitimation* auf – im Bereich des Teilprojektes C6 etwa die nach der Legitimität des Standardsetters IASB, des *International Accounting Standards Board*, und der demokratischen Legitimierung der von ihm gesetzten Regeln. Gibt es noch einen ausreichenden Schutz öffentlicher Interessen? Diese Frage stellt auch A1 („Sozialregulierung“) – und hat dabei u.a. die „Gefährdung“ berufsständischer Regeln durch Liberalisierungen im Blick, die heimische Arbeitsplätze gefährden könnten. Wenn es in C6 auch um andere zu schützende Sachverhalte geht – namentlich den Gläubigerschutz, der Gefährdungen ausgesetzt sein könnte –, so bleibt die grundlegende (Legitimations-)Problematik doch in beiden Teilprojekten die selbe, weshalb bezüglich dieser Frage ein Austausch stattfinden wird. Explizit wird Legitimität zudem in B1 („Legitimationswandel“), B3 („Transnationalisierung EU“) und B5 („Partizipation und Legitimation“) angesprochen – die Methoden der Kommunikations- und Diskursforschung in den beiden erstgenannten Teilprojekten sind allerdings weit von dem Forschungsdesign entfernt, das in C6 verwendet wird. Dennoch könnte die Übernahme methodischer Elemente in den Fallstudien zur Untersuchung der nationalen Diskurse zur Internationalisierung und Privatisierung hilfreich sein. Eine engere Verbindung ergibt sich allerdings zu B5, weil es auch in der Rechnungslegung (einschließlich der Bereiche *Enforcement* und Offenlegung) um die Herausbildung legitimen Regierens jenseits des demokratischen Rechts- und Interventionsstaates geht. Mit B5 sind daher die besonderen Verfahren zu diskutieren, die sich im Untersuchungsfeld unseres Teil-

projektes C6 entwickelt haben – etwa die *due processes* bei den privaten Standardsetzern und das *endorsement* als eigentümliche Form eines Komitologie-Verfahrens bei der EU. Die in B5 entwickelten Kriterien zur Beurteilung solcher Prozesse könnten dann auf die Verfahren in der Entwicklung von Rechnungslegungsstandards angewendet werden.

Darüber hinaus soll gemeinsam mit Teilprojekt D3 („Prävention und Intervention“) an der Frage gearbeitet werden: Warum gründen Staaten internationale Institutionen oder bauen sie aus, begeben sich also auf einen Internationalisierungspfad, bei dem diese internationalen Institutionen dann beschränkend und prägend auf die Staaten zurückwirken? Eine enge Zusammenarbeit ist ebenfalls mit Teilprojekt D5 („Demographie“) geplant, das mit der demografischen Entwicklung eine fundamentale Herausforderung an die Finanzpolitik untersucht. In der dritten Forschungsphase soll gemeinsam untersucht werden, wie die Prozesse der Internationalisierung und demographischen Alterung sich auf die Steuerbelastung auf der individuellen Ebene auswirken und insbesondere welche Steuerlastverschiebungen sie zwischen Klassen, Generationen und über den Lebensverlauf auslösen. Da solch eine Untersuchung die Grenzen politikwissenschaftlicher Fragestellungen und Methoden überschreitet, lässt sie sich in enger Zusammenarbeit mit D5 und unter Nutzung der dort vorhandenen besonderen methodischen Kompetenzen besonders gut bewältigen. Die empirischen und methodischen Grundlagen der Zusammenarbeit sollen während der zweiten Antragsphase gelegt werden.

Die *Entwicklungsperspektiven* des Teilprojekts sind schon direkt vor 3.6, nämlich am Ende von 3.4, dargestellt.

3.7 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

In der ersten Phase des Sfb 597 wurde vom Antragsteller bereits das Projekt „Die Rolle des Staates in der Rechnungslegung (C6)“ beantragt. Dieses Projekt wurde von der DFG positiv begutachtet, fiel allerdings wegen einer nachträglichen Mittelkürzung aus dem Projektverbund heraus. Es wurde während der ersten Phase als assoziiertes Projekt des Sfb ohne Mittelausstattung der DFG geführt. Das Projekt wird allerdings in stark abgewandelter Form unter dem Titel „Weltweite Rechnungslegungsstandards – Ein Beispiel effektiver Global Governance“ bis Ende September 2006 von der VW-Stiftung gefördert. Wegen der starken inhaltlichen Differenzen des für den Sfb vorgesehenen und des von der VW-Stiftung geförderten Projekts liegt nicht nur formal, sondern auch inhaltlich ein Neuantrag vor, dem jedoch Arbeitsergebnisse des vorangegangenen Drittmittelprojektes zuträglich sein können.

Der Antragsteller ist außerdem an dem Antrag der Universität Bremen in Zusammenarbeit mit der International University Bremen auf eine Graduiertenschule (^{Bl}GSSS) in der „Ersten Förderlinie“ der „Excellence Initiative by the German Fede-

ral and State Governments“ vom September 2005 und April 2006 mit Beiträgen beteiligt, die für den Sfb einschlägig sind. Diese Initiative fällt in die Zuständigkeit von DFG und Wissenschaftsrat.

Literatur

- Ampofo, Akwasi A. & Robert J. Sellani (2005) Examining the differences between United States Generally Accepted Accounting Principles (U.S. GAAP) and International Accounting Standards (IAS): Implications for the Harmonization of Accounting Standards, in: *Accounting Forum* **29**:2, 219-231
- Arrows, Kenneth J. (1951) *Social Choice and Individual Values*, New Haven, CN: Yale University Press
- Baker Richard C. & Rick Stephan Hayes (1995) The negative effect of an accounting standard on employee welfare: The case of McDonnell Douglas Corporation and FASB 106, in: *Accounting, Auditing & Accountability Journal*, **8**:3, 12-33
- Ball, Ray (2001) Infrastructure requirements for an economically efficient system of public financial reporting and disclosure, in: *Brookings-Wharton Papers on Financial Services* **2**:1, 127-181
- Ball, Ray, Ashok Robin & Gil Sadka (2005) Is Accounting Conservatism Due to Debt or Share Markets? A Test of "Contracting" Versus "Value Relevance" Theories of Accounting, Chicago: University of Chicago, Graduate School of Business (Working Paper)
- Bauwhede, Heidi Vander & Marleen Willekens (2003) Earnings Management in Belgium: A Review of the Empirical Evidence, in: *Tijdschrift voor economie en management* **48**:2, 199-217
- Bradford, Cornell & Wayne R. Landsman (2003) Accounting Valuation: Is Earnings Quality an Issue?, in: *Financial Analysts Journal* **59**:6, 20-28
- Buchanan, F. Robert (2003) International Accounting Harmonization: Developing a Single World Standard, in: *Business Horizons* **46**:3, 61-71
- Bushman, Robert, Qi Chen, Ellen Engel & Abbie J. Smith (2004) Financial accounting information, organizational complexity and corporate governance systems, in: *Journal of Accounting & Economics* **37**:2, 167-201
- Bushman, Robert M. & Abbie J. Smith (2003) Transparency, Financial Accounting Information, and Corporate Governance, in: *Economic Policy Review* **9**:1, 65-88
- Busse von Colbe, Walther (1987) Die neuen Rechnungslegungsvorschriften aus betriebswirtschaftlicher Sicht, in: *Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung* **39**:2, 191-205
- Busse von Colbe, Walther (2002) Die deutsche Rechnungslegung vor einem Paradigmawechsel, in: *Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung* **54**:2, 159-172
- Carmona, Salvador (2002) History Matters: Lessons from Twenty-five Years of the European Accounting Association, in: *European Accounting Review* **11**:1, 9-32
- Carmona, Salvador & Luca Zan (2002) Special Section: Mapping Variety in the History of Accounting and Management Practices, in: *European Accounting Review* **11**:2, 291-304
- Choi, Frederick D. S. & Gary K. Meek (2005⁵) *International Accounting*, Upper Saddle River, NJ: Pearson Prentice Hall (1984¹)
- Coleman, James S. (1991) *Grundlagen der Sozialtheorie*, Band 1: *Handlungen und Handlungssysteme*, München: Oldenbourg
- Coppens, Laurent & Erik Peek (2004) An analysis of earnings management by European private firms, Brüssel und Maastricht: Netmanagement Reseaux Bruxelles/Netten Brussel and University Maastricht (Working Paper)
- Dechow, Patricia M. & Ilia D. Dichev (2002) The Quality of Accruals and Earnings: The Role of Accrual Estimation Errors, in: *The Accounting Review* **77**:4, 35-70

- Deeg, Richard (2005) Change from Within – German and Italian Finance in the 1990s, in: Wolfgang Streeck & Kathleen Thelen, Hg., *Change and Continuity in Institutional Analysis: Explorations in the Dynamics of Advanced Political Economies*, Oxford: Oxford University Press, 169-202
- Demski, Joel S. (1973) The General Impossibility of Normative Accounting Standards, in: *Accounting Review* **48**:4, 718-723
- Dewing, Ian P. & Peter O. Russell (2004) Regulation of UK Corporate Governance: Lessons from Accounting, Audit and Financial Services, in: *Corporate Governance: An International Review* **12**:1, 107-115
- Easton, Peter D. (1999) Security Returns and the Value Relevance of Accounting Data, in: *Accounting Horizons* **13**:4, 399
- Flower, John (2004) *European Financial Reporting: Adapting to a Changing World*, Basingstoke u.a.: Palgrave Macmillan
- Franke, Günther & Herbert Hax (2004⁵) *Finanzwirtschaft des Unternehmens und Kapitalmarkt*, Berlin u.a.: Springer (1988¹)
- Hackethal, Andreas, Reinhard H. Schmidt & Marcel Tyrell (2005) Banks and German Corporate Governance: On the Way to a Capital Market-Based System?, in: *Corporate Governance: An International Review* **13**:3, 397-407
- Hall, Peter A. & David Soskice (2001) An Introduction to Varieties of Capitalism, in: Peter A. Hall & David Soskice, Hg., *Varieties of Capitalism*, Oxford: Oxford University Press, 1-70
- Haller, Axel (2002) Financial Accounting Developments in the European Union: Past Events and Future Prospects, in: *The European Accounting Review* **11**:1, 153-190
- Haller, Axel & Brigitte Eierle (2004) The Adaptation of German Accounting Rules to IFRS: A Legislative Balancing Act, in: *Accounting in Europe* **1**:1, 27-50
- Hax, Herbert (1988) Rechnungslegungsvorschriften – Notwendige Rahmenbedingungen für den Kapitalmarkt?, in: Michael Domsch, Hg., *Unternehmenserfolg: Planung-Ermittlung-Kontrolle; Walther Busse von Colbe zum 60. Geburtstag*, Wiesbaden: Gabler, 187-201
- Hines, Ruth D. (1988) Financial Accounting: In Communicating, We Construct Reality, in: *Accounting, Organizations & Society*, **13**:3, 251-261
- Hopwood, Anthony G. (1994) Some reflections on the harmonizing of accounting within the EU, in: *European Accounting Review* **3**:2, 241-253
- Jackson, Gregory (2001) The Origins of Nonliberal Corporate Governance in Germany, in: Streeck & Yamamura 2001, 121-170
- Jarrell, Gregg A. (1981) The Economic Effects of Federal Regulation of the Market for New Securities Issues, in: *Journal of Law and Economics* **24**:3, 613-675
- Kothari, S.P. (2001) Capital markets research in accounting, in: *Journal of Accounting & Economics* **31**:1-3, 105-231
- Lamb, Margaret, Christopher Nobes & Alan Roberts (1998) International Variations in the Connections between Tax and Financial Reporting, in: *Accounting and Business Research* **28**:3, 173-188
- La Porta, Rafael, Florencio Lopez-de-Silanes, Andrei Shleifer & Robert W. Vishny (1998) Law and Finance, in: *Journal of Political Economy* **106**:6, 1113-1152
- Leuz, Christian (2003) IAS versus U.S. GAAP: Information Asymmetry-Based Evidence from Germany's New Market, in: *Journal of Accounting Research* **41**:3, 445-472

- Leuz, Christian, Dhananjay Nanda & Peter D. Wysocki (2003) Earnings Management and Investor Protection: An International Comparison, in: *Journal of Financial Economics* **69**:3, 505-527
- Lev, Baruch & Paul Zarowin (1999) The Boundaries of Financial Reporting and How to Extend Them, in: *Journal of Accountancy* **37**:2, 353-385
- Levitt, Theodore (1983) The Globalization of Markets, in: *Harvard Business Review* **61**:3, 92-102
- Lopez, Silvia P. (2001) Ethical Evaluations, Intentions, and Orientations of Accountants: Evidence from a Cross-Cultural Examination, in: *International Advances in Economic Research* **7**:3, 351-365
- Lütz, Susanne (1998) The Revival of the Nation-State? Stock Exchange Regulation in an Era of Globalized Financial Markets, in: *Journal of European Public Policy* **5**:1, 153-168
- Macharzina, Klaus (2003⁴) *Unternehmensführung – das internationale Managementwissen. Konzepte, Methoden, Praxis*, Wiesbaden: Gabler (1993¹)
- McCombie, Kellie & Hemant Deo (2005) The International Harmonization of Accounting Standards: Making progress in Accounting Practice or an Endless Struggle?, in: *American Academy of Business* **7**:1, 154-162
- Miller, Peter, Trevor Hopper & Richard Laughlin (1991) The New Accounting History: An Introduction, in: *Accounting, Organizations and Society* **16**:5, 395-403
- Nair, R. D. & Werner G. Frank (1980) The Impact of Disclosure and Measurement Practices on International Accounting Classifications, in: *Accounting Review* **55**: 3, 426-450
- Naumann, Klaus-Peter (2001) Financial reporting enforcement mechanisms as an element of corporate governance in Germany and reflections on their further development, in: *European Accounting Review* **9**:4, 655-672
- Nelson, Richard R. & Sidney G. Winter (1982) *An Evolutionary Theory of Economic Change*, Cambridge, MA: The Belknap Press of Harvard University Press
- Nobes, Christopher (1983) A Judgemental International Classification of Financial Reporting Practices, in: *Journal of Business Finance & Accounting* **10**:1, 1-19
- Nobes, Christopher (1998) Towards a General Model of the Reasons for International Differences in Financial Reporting, in: *Abacus* **34**:2, 162-187
- Nobes, Christopher & Robert Parker (2004⁸) *Comparative International Accounting*, Harlow u.a.: Financial Times/Prentice Hall (1981¹)
- North, Douglas C. (1990) *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press (= *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen: Mohr Siebeck 1992)
- Ordelheide, Dieter (2004) The Politics of Accounting: A Framework, in: Christian Leuz, Dieter Pfaff & Anthony Hopwood, Hg., *The Economics and Politics of Accounting – International Perspectives on Research Trends, Policy, and Practice*, Oxford: Oxford University Press, 267-284
- Owen, Bruce M. & Ronald Braeutigam (1978) *The Regulation Game – Strategic Use of the Administrative Process*, Cambridge, MA: Ballinger Publishing
- Puxty, Anthony G., Hugh C. Willmott, David J. Cooper & Tony Lowe (1987) Modes of Regulation in Advanced Capitalism: Locating Accountancy in four Countries, in: *Accounting, Organizations & Society* **12**:3, 273-292
- Schildbach, Thomas (1986) *Jahresabschluss und Markt*, Berlin u.a.: Springer
- Schmidt, Matthias (2002) On the Legitimacy of Accounting Standard Setting by Privately Organised Institutions in Germany and Europe, in: *Schmalenbach Business Review* **54**:2, 171-193

- Schmidt, Matthias & Christian Kirchner (2005) Private Law-Making: IFRS – Problems of Hybrid Standard Setting, in: Peter Nobel, Hg., *International Standards and the Law*, Berne: Stämpfli, 67-82
- Schmidt, Reinhard H., Andreas Hackethal & Marcel Tyrell (2002) The Convergence of Financial Systems in Europe, in: *Schmalenbach Business Review* 54:Special Issue 1, 7-53
- Schmidt, Reinhard H. & Gerald Spindler (2002) Path Dependence, Corporate Governance and Complementarity, in: *International Finance* 5:3, 311-333
- Schneider, Dieter (1997²) *Betriebswirtschaftslehre*, Bd. 2: *Rechnungswesen*, München: Oldenbourg (1994¹)
- Scott, William R. (2003³) *Financial Accounting Theory*, Toronto: Prentice Hall (1997¹)
- Schuppert, Gunnar Folke & Christian Bumke (2000) Verfassungsrechtliche Grenzen privater Standardsetzung – Vorüberlegungen zu einer Theorie der Wahl rechtlicher Regelungsformen (Regulatory Choice), in: Detlef Kleindiek & Wolfgang Oehler, Hg., *Die Zukunft des deutschen Bilanzrechts im Zeichen internationaler Rechnungslegung und privater Standardsetzung*, Köln: O. Schmidt Verlag, 71-126
- Simmons, Beth A. (2001) The International Politics of Harmonization: The Case of Capital Market Regulation, in: *International Organization* 55:3, 589-621
- Simon, Carol J. (1989) The Effect of the 1933 Securities Act on Investor Information and the Performance of New Issues, in: *American Economic Review* 79:3, 295-318
- Sloan, Richard G. (2001) Financial Accounting and Corporate Governance: A Discussion, in: *Journal of Accounting and Economics* 32:1-3, 335-347
- Stigler, George J. (1964) Public Regulation of the Securities Markets, in: *Journal of Business* 37:2, 117-142
- Streeck, Wolfgang & Kozo Yamamura, Hg. (2001) *The Origins of Nonliberal Capitalism: Germany and Japan in Comparison*, Ithaca, NY: Cornell University Press
- Thorell, Per & Geoffrey Whittington (1994) The Harmonizing of Accounting within the EU, in: *European Accounting Review* 3:2, 215-239
- Trombetta, Marco (2003) International Regulation of Audit Quality: Full Harmonization or Mutual Recognition? An Economic Approach, in: *European Accounting Review* 12:1, 3-28
- Wallace, R. S. Olusegun & Helen Gernon (1991) Frameworks for International Comparative Financial Accounting, in: *Journal of Accounting Literature* 10:1, 209-264
- Watrin, Christoph (2001) *Internationale Rechnungslegung und Regulierungstheorie*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag
- Vitols, Sigurt (2001) The Origins of Bank-Based and Market-Based Systems: Germany, Japan, and the United States, in: Streeck & Yamamura, 200-228
- Vitols, Sigurt (2003) Varieties of Capitalism und Pensionsreform: Wird die Riester-Rente Deutschlands koordinierte Marktwirtschaft transformieren?, in: *Berichte und Studien der Österreichischen Nationalbank* 2, 174-181
- Zeff, Stephen A. (2002) "Political" Lobbying on Proposed Standards: A Challenge to the IASB, *Accounting Horizons*, 16:1, 43-54